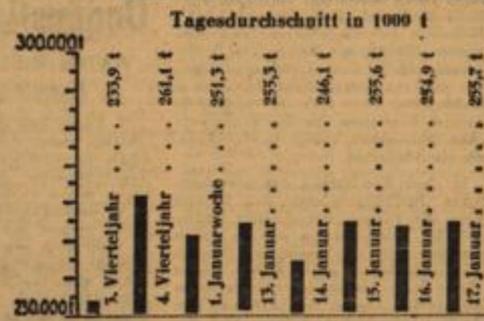


Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

4 (24.1.1948)



Europa, USA und der Marshall-Plan

Kongress-Debatte im Zeichen der Präsidentenwahl und der Opposition

Die faszinierende Wirkung, die von der Rede Marshalls in Harvard am 5. Juni v. J. ausging, hatte zum größten Teil ihre Ursache in dem Appell an die Staaten Europas, sich zur Selbsthilfe zusammenzuschließen, und die Hoffnung, mit der man den Marshall-Plan betrachte, beruhte auf dem raschen Zusammenstoßen des von den sechs europäischen Staaten besetzten Komitees in Paris. Die Ergebnisse der Pariser Beratungen im Juli v. J., haben dann aber sowohl die USA als auch alle anderen Beobachter, welche die schwere Krankheit des unter den Folgen des zweiten Weltkriegs leidenden Europas besorgt verfolgen, stark enttäuscht. Zwar hat der kühne Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs ein festes Gebot, die Welt zu einer Entscheidung zu zwingen und immerhin klar werden zu lassen, daß eine konstruktive Tätigkeit in Europa erst möglich werden kann, wenn es den westeuropäischen Mächten gelingt, sei es mit, sei es ohne Rußland, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die im paneuropäischen Sinne darauf ausgeht, aus Europa eine Einheit zu schaffen, die ihr Schwergewicht in sich selber hat. Mehr ist aber nicht geschehen, und alle Schritte zu einer kooperativen Selbsthilfe wurden unterlassen. Westeuropa wartete passiv ab. Seine heutige Politik ehmt die Tätigkeit des Stryphos. So könnte es vielleicht eines Tages vor einem Bruchstück des mit so großen Hoffnungen begrüßten Hilfsplanes stehen, für das die Worte zutreffen würden: „so wenig und so spät“.

Dieser passiven Haltung Westeuropas steht die Aktivität des Urhebers der amerikanischen Hilfsprogramme — oder wie die amtliche Bezeichnung jetzt lautet: European Recovery Program (ERP) — entgegen. Seit dem Einzug Marshalls in das Staatsdepartement ist es immer klarer geworden, daß sich die Vereinigten Staaten der ihnen zufallenden weltpolitischen Rolle nicht durch das trügerische Behelfsmittel kurzfristiger Kompromißlösungen so rasch wie möglich zu entschlagen suchen, sondern dazu gelangt sind, sie als eine Aufgabe auf lange Sicht aufzufassen und praktisch in Angriff zu nehmen. Nach Marshalls Auffassung, die in seiner Rede vor dem außerpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses zum Ausdruck kam, stehen die Vereinigten Staaten vor einer historischen Entscheidung. „Der Rahmen unserer Aufgabe ist gewaltig“, sagte der Staatssekretär,

„denn die von der Regierung vorgeschlagene Hilfeleistung soll die wirtschaftliche Erdrosselung verhindern, die gegenwärtig Westeuropa bedroht, und diese für uns lebenswichtige Gebiet der freien Völker der Erde gefährdet.“ Der Außenminister Truman redete den Senatoren sehr ernst ins Gewissen. Er machte sie darauf aufmerksam, daß der Betrag von 6,8 Milliarden Dollar nicht einmal die Höhe der Kriegskosten eines einzigen Monats erreicht. Eine Welt, in der nur ein „Halbfriede“ herrsche, werde die Bedürfnisse der Landesverteidigung ständig steigern. Das Hilfsprogramm müsse demnach als Friedensinvestition betrachtet werden, und wenn das Europaprogramm seinen Zweck erfüllen sollte, dann müßte es, wie Marshall immer wieder betonte, so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden.

Der Zeitpunkt der endgültigen Verabschiedung des Planes durch den Kongress ist allerdings noch sehr ungewiß, und man spricht im Capitol von der Möglichkeit, daß sich die Verhandlungen bis in den Mai, ja vielleicht sogar bis zum Juni hinausziehen werden. Die Reden, mit denen Präsident Truman und sein Außenminister die Vorlage im Kongress begleiteten, haben ebenso wie ihr Echo erwiesen, daß noch keineswegs alle Schwierigkeiten auf dem Wege geräumt sind. Es wird zunächst und allzu optimistisch, wenn man die negativen Strömungen verschweigen oder gar übersehen wolle, die um die Annahme für die Annahme des Planes durch den Kongress selbst kreisen. Die Neuzugler stützen ihre Argumente auf die Tatsache, daß die USA seit Kriegsende rund 20 Milliarden Dollar an Hilfeleistungen zum größten Teil in Fonds perdu zur Verfügung gestellt hätten, ohne daß in Europa eine merkbare Entspannung und Besserung in wirtschaftlicher Hinsicht zu verspüren gewesen wäre. Unter diesem Gesichtspunkt sprach man von einem St.-Niklaus-Plan oder einem Fall ohne Boden. Ein Senator sprach von einer durchlöchernten Badewanne, in die Wasser hineinzulassen sich vollkugig nicht lehne.

Wie stark die Bedenken in den USA gegenüber dem Marshall-Plan sind, unterstreicht auch in aller Deutlichkeit ein Artikel von William Clayton in „The Saturday Evening Post“, in welchem der frühere Unterstaatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten darauf aufmerksam macht, daß „vom hoch-

halterischen Gesichtspunkt aus die große Aufgabe nicht gerade ein Geschäft sein wird. Sie wird eine dauernde Anspannung unserer Wirtschaft ebenso wie bestimmte Opfer von privater Seite erfordern. Es hat keinen Sinn, sich über diesen Tatbestand zu täuschen.“ Der Verfasser bestreitet nicht, daß die Amerikaner ein solches Opfer nicht ablehnen werden, wenn sie glauben, daß damit ein großes aufbauendes Ziel erreicht werde, aber es sei noch nicht sicher, ob das Endziel erreicht werden könne. Clayton zitiert dann den Londoner „Observer“, der bemerkt habe, daß „in der gesamten Weltgeschichte noch niemals ein Kontinent sich anerboten habe, einen anderen vor der wirtschaftlichen Katastrophe zu retten“ und verlangt von Europa Verständnis und außerordentliche Anstrengungen, damit die großen Ziele des Planes erreicht werden könnten.

Dem Bemühen Washingtons, alles fernzuhalten, was von außen her den Kampf um den Marshall-Plan erschweren und in die Länge ziehen könnte, entsprang auch die Erklärung des ameri-

kanischen Unterstaatssekretärs Lovett, der London und Paris wissen ließ, daß das Staatsdepartement von einer neuen Konferenz der Sechzehn keine große Hilfe erwarte. Offenbar befürchten die Befürworter des Hilfs-Planes von einer Tagung der europäischen Marshallplan-Kommission eher eine Verschiebung der Debatte im Kongreß. Die britische und die französische Regierung haben sich denn auch den von amerikanischer Seite vorgebrachten Bedenken nicht verschließen können und daher zur Behandlung der bestehenden sachlichen Probleme das Verfahren der Konsultationen durch eine „reisende“ französisch-britische Abarbeitung vorgeschlagen.

Auch fällt die wichtigste politische Initiative der USA gerade in das Präsidentenwahljahr. Die Opfer, die den amerikanischen Steuerzahlern zugemutet werden, erfordern ein hohes Maß politischer und wirtschaftlicher Einsicht. Dieses ist aber um so schwerer zu verlangen, als die Präsidentenwahlen vor der Tür stehen, deren Chancen sich keine der beiden großen Parteien schmälern lassen will. Die Wahlkampagne lenkt die amerikanische Öffentlichkeit eher von der Außenwelt ab und das in einem Augenblick, in dem die Staatsmänner der USA gezwungen sind, die Kräfte des Landes auf die Außenpolitik zu konzentrieren.

(Fortsetzung siehe Seite 2)

In dieser Nummer:

- Ungünstige Entwicklung im Ruhrgebiet
- Geldzuström in die US-Zone
- Antwort an Kleinaktionäre
- Aachener Steinkohle
- Deutsche Filmwirtschaft
- Altschuldenregelung
- Japan als Chinakonkurrent
- Welt-Stahlproduktion
- Sowjetrussische Industriezahlen
- Neue Handelsverträge der deutschen Zonen

Friedenskalkül

ok. Krieg ist nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Völkern, deren Seelenzustand eine andere Ausstrahlung beiderseitiger Gegensätze unmöglich zu machen scheint, nicht also nur eine moralische Angelegenheit. Da er mit Waffen ausgetragen wird, die erzeugt werden müssen und einen Material- und Handelswert haben, die Ausrüstung der Streitmacht mit allem sonst Erforderlichen gewaltige materielle Werte aller Art beansprucht, und da der Krieg überdies kaum einen der Vorkänge unbeteiligt läßt, die durch die Befriedigung aller so mannigfaltigen Bedürfnisse der nach Alter, Geschlecht, physischen und geistigen Anforderungen unterschiedlichen Bevölkerungsanteile erforderlich gemacht werden, ist er nicht zuletzt eine Erscheinung von großer und sogar entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung.

Wenn sich der Krieg so als Wirtschaftsunternehmen erweist, so darf wohl angenommen werden, daß ihm wie jedem anderen größeren Beginn wirtschaftlicher Art in jedem Einzelfall (einer gewollten und vorbereiteten kriegerischen Auseinandersetzung) eine durch die wirtschaftlichen Seiten der Kriegführung umfassende Planung vorausginge. Es genügt nicht, mit Montecuccoli zu wissen, daß man zum Kriegführen Geld, Geld, dreimal Geld braucht. Es muß gutes Geld ausreichend vorhanden sein, und es müssen Vorkehrungen getroffen werden, die, voranschauend, möglichst allen Anforderungen der Kriegswirtschaft Rechnung tragen. Während eine solche Planung bei Unternehmen in der Privatwirtschaft, auch hier allerdings nur zu normalen Zeiten, unsicher möglich ist, begegnet die Kriegswirtschaft auf wirtschaftlicher Seite kaum überwundenen Schwierigkeiten. Wohl läßt sich, an einem bestimmten Punkt der Entwicklung angelangt, errechnen, wie groß die täglichen Kriegskosten sind; diese täglichen Kosten haben aber die Tendenz zu wachsen, und nur selten hat überdies eine Planung mit einer bestimmten Dauer des Krieges rechnen können. Unsere Generation hat erlebt, daß ein Krieg, der als „Blitzkrieg“ begann, erst nach sechs Jahren und auf eine Weise endete, die dem Beginner lange vor dem Ende das Gesetz des Handels und jegliche Planung bereits unmöglich gemacht hatte. Wirklich festliegende Kriegskosten ergeben sich dem Betrachter nur, wenn er die Rechnung rückwärts auf einen abgeschlossenen Zeitabschnitt des Krieges abteilt.

Schon die Faktoren, aus denen sich die Kriegskosten direkter und indirekter Art zusammensetzen, lassen erkennen, welche Schwierigkeiten ihrer Errechnung im Wege stehen. Zu berücksichtigen sind die Ausgaben für Mobilisierung, Unterhalt, Ausrüstung und Aufrüstung des Heeres, die Verluste an wirtschaftlichem Wert (Gebäuden, Verkehrsanrichtungen aller Art, Schiffen), an produktiver Arbeit, an Bibliotheken und Kunstwerken, die Verminderung oder Stagnation der Bevölkerungszahl durch Kriegshandlungen oder Geburtenausfall und vieles andere. Bei unglücklichem Ausgang des Krieges kommen noch der Verlust von Auslandsguthaben, von Absatzmärkten, die Leistung von Wiedergutmachungen und Entschädigungen hinzu. Die Errechnung der direkten Kriegskosten liegt immerhin im Bereich des Möglichen. Im ersten Weltkrieg ergaben sich nach einer amerikanischen Berechnung für alle an Krieg beteiligten Länder an direkten Kriegsaus-

Hilfsprogramm für französische Zone

Ausweitung der Ausfuhr vorgesehen

WASHINGTON. Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten hat in diesen Tagen die Unterlagen veröffentlicht, auf denen die Vorschläge für den Europa-Hilfsplan aufgebaut sind. Darunter befinden sich auch die Richtlinien, nach denen sich der wirtschaftliche Wiederaufbau der Länder der französischen Zone vollziehen soll.

Der Aufbau soll sich in den 4 Jahren von 1948 bis 1952 vollziehen, und zwar im Rahmen des für die vereinigten Westzonen vorgesehenen Programms. Bis Ende 1952 wäre danach die französische Zone in der Lage, ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse bis auf einen kleinen Rest selbst zu decken. Einige Angaben über die in den ersten 15 Monaten geplanten, für die französische Zone vorgesehenen Lieferungen haben wir schon in unserer letzten Ausgabe (Wirtschaftsrevue Nr. 3, Seite 2) veröffentlicht. Die Kohlenzufuhr in die französische Zone soll den gegenwärtigen Stand leicht übersteigen, dagegen sollen an industriellen Rohstoffen wesentlich größere Mengen eingeführt werden als bisher. Bis zum Jahre 1952 könnte der Kohlenverbrauch in der Zone auf etwa 6 Millionen Tonnen jährlich steigen, während er gegenwärtig nur etwa 4 Mill. Tonnen beträgt, und vor dem Kriege etwa 8 Mill. Tonnen erreicht hatte. Das Staatsdepartement hält diese 6 Millionen Tonnen Kohle für die Mindestmenge, welche die Industrie der Zone braucht, um den Produktionsumfang des Jahres 1936 zu erreichen.

Ein wichtiger Rohstoff braucht die Zone nach dem amerikanischen Unterlagern vor allem Baumwolle und Stahl. In der Zeit von 1948 auf 1949 müßte die Einfuhr von Baumwolle etwa 20.000 Tonnen erreichen, wovon die Hälfte von den Vereinigten Staaten geliefert werden könnte. Außerdem wären jährlich für jedes der 4 Jahre eine Stahleinfuhr von 250.000 Tonnen erforderlich. Die übrigen Rohstoffeinfuhren müßten aus Leder, chemischen Erzeugnissen, Düngemitteln, Textilien und Tabak bestehen. Hierfür gibt der amerikanische Plan noch keine Zahlen.

In den 4 Anlaufjahren muß die Ausfuhr an industriellen Waren aus der Zone rascher steigen als die Einfuhr von Rohstoffen, weil nach dem amerikanischen Plan aus dem Überschuß von Einfuhrdevisen die Einfuhren an Getreide, Kohle, industriellen Rohstoffen und Antriebsmaterial für die Industrie bezahlt werden müssen. Zur Erreichung des notwendigen höheren Lebensmittelsverbrauchs in der Zone wäre außer einer selbstverständlichen erheblichen Steigerung der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung die Einfuhr von jeweils 300.000—350.000 t Getreide während der 4 Jahre erforderlich. Im Jahre 1948—49 wird der Wert der Einfuhr an Industrieerzeugnissen denjenigen der möglichen Ausfuhr der Zone noch übersteigen. Nach dieser Zeit soll der Fehlbetrag der Handelsbilanz aber rasch verringert werden, was natürlich einen wesentlichen Anstieg der industriellen

Erzeugung der Zone voraussetzt. Nach der Deckung des heimischen Bedarfs an Industriewaren wäre dann die Industrie der Zone in der Lage, in großem Umfang ihre Waren auszuführen. Für die Zeit vom Juli 1948 bis Ende Juni 1949 werden die Ausfuhrer etwa ebenso groß sein wie im Jahre 1947—48. Wahrscheinlich können diese Ausfuhrer aber bereits zu günstigeren Bedingungen erfolgen als bisher. Nach Ansicht des Staatsdepartements werden nach dem Jahr 1949 die Ausfuhrer vor allem an chemischen Erzeugnissen, Maschinen, Textilwaren und Lederwaren einen wachsenden Anteil an der Gesamtausfuhr der Zone ausmachen können. Für die Zeit vom Juli 1948 bis Juni 1949 rechnet man mit einem Einfuhrüberschuß von etwa 78 Millionen Dollar. In den folgenden Jahren würde dann dieser Einfuhrüberschuß durch Steigerung der Ausfuhr erheblich vermindert werden.

Um die Erfordernisse dieses Planes auch wirklich zu erreichen, und um vor allem Höchstleistungen der industriellen Erzeugung zu sichern, ist es nach dem Plan nötig, daß die Versorgung der Schaffenden wesentlich verbessert und ihnen die unbedingt erforderlichen Verbrauchsgüter in gerechter Weise zugebilligt werden. Die Erfassung der Lebensmittel bei den Erzeugern müsse viel schärfer und wirksamer erfolgen als bisher und durch eine vernünftige Währungsreform müsse der erteilte Geldüberhang abgedrückt werden.

Das Staatsdepartement stellt fest, daß die sozialen Probleme in der französischen Zone weniger schwierig sind als in der britischen Zone, jedoch sei die Wirtschaftskontrolle in der franz. Zone infolge der weitgehenden Dezentralisation der Industrie und wegen der vielen industriellen Kleinbetriebe schwieriger.

Der amerikanische Plan gibt dann im einzelnen noch an, daß, sobald die Industrie der franz. Zone ihre frühere Leistungsfähigkeit wieder erlangt haben wird, Fleisch, Stickstoff-Düngemittel, Schuhe, Textilwaren, leichte Maschinen und Baustoffe aus der Zone in größeren Mengen ausgeführt werden können. Andererseits fehle es der Zone gegenwärtig nicht nur an Getreide und Kohle, Rohstoffen wie Wolle und Baumwolle, sondern auch an Stahl, Kalk, Phosphordünger sowie an Häuten. Nach der Berechnung des Staatsdepartements würde die französische Zone in der Zeit vom 1. April 1948 bis Ende Juni 1952 aus den Vereinigten Staaten für 225,6 Mill. Dollar Waren einführen, aus den anderen Ländern der westlichen Hemisphäre für 69,2 Mill. und aus übrigen Ländern für 77,3 Mill. Dollar, insgesamt also in diesen 4 Jahren für über 372 Mill. Dollar.

Im einzelnen sind u. a. folgende Einfuhren vorgesehen (in Mill. Dollar): Getreide 44, Zucker 1,6, Kaffee 0,3, Tabak 2, Baumwolle 16,7, landwirtschaftliche Geräte 1,1, forstwirtschaftliches Material 0,7, Erdölerzeugnisse 8,7

Preisdictat für Zistersdorfer Oel

WIEN. Wie verstanden, hat die russische Verwaltung der Zistersdorfer Ölfelder für die in die österreichische Regierung gelieferten Ölprodukte von monatlich etwa 20.000 t den doppelten Preis als bisher verlangt. Sollte sich die österreichische Regierung mit diesem Preis nicht einverstanden erklären, würden die Ölförderungen eingestellt werden.

Diese russische Forderung bedeutet eine schwere finanzielle Belastung des Landes, das monatlich für die Öllieferungen 15 Mill. Schilling mehr aufwenden müßte als bisher. Die Tschechoslowakische Besatzmacht stellt sich nach den neuesten Forderungen der sowjetrussischen Besatzmacht auf etwa 970 Schilling, also etwa das Vierfache des amerikanischen Bezugspreises einschließlich Fracht. Die amerikanischen Benzinimporte aus USA kommen jedoch im Augenblick nicht in Frage, denn Österreich verfügt nicht über die notwendigen Dollarbestände.

Ungarns Reparationen an Rußland

Budapest. Ein amtliches ungarisches Communiqué besagt, daß die ungarischen Getreidelieferungen an Tschechien im Rahmen der Reparationsleistungen von der Sowjetunion gegenüber der ursprünglichen Festsetzung höher bewertet wurden. Dadurch verringerten sich die ungarischen Reparationsleistungen an Rußland um mehr als 17 Mill. Dollar. In Zukunft würden die ungarischen Warenlieferungen im Rahmen der Reparationsleistungen in den Donzonen erfolgen, wodurch zusätzliche Frachtkosten an der russischen Grenze vermieden würden.

Deutsche Kohle für Italien

Mailand. Nach italienischen Meldungen wird die Doppelzone im 1. Vierteljahr 1948 422.000 t Kohle nach Italien liefern. Vor dem Kriege erhielt Italien 1 Mill. t monatlich. Insgesamt werden im 1. Vierteljahr 4 Mill. t Kohle aus der Doppelzone ausgeführt werden, und zwar außer nach Italien noch nach Frankreich, Österreich, Luxemburg und Holland.

Zinn-Quoten im ersten Halbjahr

Nach einer Mitteilung des internationalen Zinn-Verteilungsausschusses sind für das erste Halbjahr 1948 folgende Zinn-Quoten festgelegt worden:

Doppelzone	324 t
französische Zone	120 t
Finnland	80 t
Türkei	180 t
Tschechoslowakei	394 t
Dänemark	180 t
Falsetina	58 t

Die gesamtdeutsche Zinnversorgung im Jahre 1936 erreichte 16.000 t, darunter 7.200 Importzinn. Von vielen Staaten liegen die Bedarfsmeldungen noch nicht vor.

Lohnerhöhung im Baugewerbe

Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und der Bauindustrie haben gemeinsam mit der deutschen Angestellten-Gewerkschaft in der britischen Zone für Angestellte im Bau- und Bauberggewerbe eine 15 prozentige Lohnerhöhung beschlossen und diesen Beschluß dem Zentralamt für Arbeit bekanntgegeben, um ihn durch eine amtliche Anordnung in Kraft treten zu lassen.

lagen (ohne auswärtige Anleihen) rund 208,6 Milliarden Dollar, wovon 147,1 Milliarden auf die alliierten und assoziierten Mächte, der Rest von 61,5 Milliarden auf die Zentralmächte entfielen. Die direkten Kriegskosten des zweiten Weltkrieges, deren Höhe wir noch nicht kennen, überbieten die des ersten, wie ohne Fehlzählen, gesagt werden kann, um ein Vielfaches.

In einer Betrachtung der wirtschaftlichen Erscheinungsform des Krieges kann der Hinweis darauf nicht fehlen, daß die Kriegsauslagen nur zu einem geringen Teil als produktive Investitionen anzusehen sind. Welche Werte hätten geschaffen werden können, wenn das gleiche Kapital im Frieden zum Ausbau industrieller Anlagen und des Verkehrsnetzes aufgewandt worden wäre. Zwar verursacht, wie die Kriegführung auch die Wahrung des Friedens Kosten. Ein stehendes Heer muß unterhalten, die Ausrüstung muß erneuert werden, die Friedenskosten; es sind diese mit jenen verglichen, indessen verschwindend gering, und sie können außerdem in bestimmten Grenzen gehalten werden.

Zum Unterschied vom Krieg, der sie zerstört, erzeugt der Frieden Werte und erscheidet uns daher selber als Wert, zu messen etwa an dem Anwachsen des Volkvermögens und an dem Ansteigen der Bevölkerungszahl. Investitionen in den Frieden sind produktive Anlagen. Was produziert dem gegenüber der Krieg? Auch der Sieger geht mit so schweren Schäden aus ihm hervor, daß er alle Kraft anspannen muß, um heil aus der materiellen und sozialen Erschütterung hervorzugehen, die unweigerlich der Waffenniederlegung folgt. Die Erfahrungen, die Frankreich und England, zwei Siegerstaaten, machen müssen, lassen das deutlich erkennen. Selbst für die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihren gigantischen Möglichkeiten begann mit Riesenstreiks, mit ansteigender Teuerung und Inflationsercheinungen eine Entwicklung, die — von Beobachtern im eigenen Lande — nicht ohne Besorgnis verfolgt wird. In welchem Zustand der Krieg aber die Sowjetunion versetzt hat, geht deutlich aus ihrem Betreiben hervor, der Wirtschaft des Landes an Maschinen, Erdöl und Gebrauchsgütern alles nur irgend Erreichbare aus auf die Gefahr hin aus dem von ihr kontrollierten Ausland zuzuführen, daß durch diese Praxis der kommunistischen Ideologie viel, wenn nicht alle Anziehungskraft genommen wird.

Die Opfer jeglicher Art, die der zweite Weltkrieg allen an ihm beteiligten Völkern abverlangt hat, und die bei weitem noch nicht überwundenen Schwierigkeiten, die sich als unvermeidliche Folgeerscheinung einstellen, geben den Versicherungen der Friedfertigkeit und Verständigungsbereitschaft, in denen sich die Staatsmänner ergehen, Glaubwürdigkeit. Es wurde behauptet, daß die Vereinigten Staaten ausschließlich eigennützig Zwecke mit der Europa angebotenen Hilfe verfolgen. Daß man auch einen eigenen Vorteil im Auge hat, wird man in Washington im Ernste nicht bestreiten. Welcher treffliche Grund könnte aber als ungläubhaft erscheinen lassen, daß dieser Vorteil in den USA allein schon in der Vermeidung eines neuen Krieges erblickt wird? Der Verteidigungsminister Forrestal wies kürzlich in Washington auf das zwischen den beiden großen Machtpotenzialen der USA und der UdSSR liegende Vakuum Westeuropas hin, das durch Unterstützung der westlichen Nationen zu erfüllen sei, um das Gleichgewicht in Europa wieder herzustellen und auf diese Weise einen neuen Krieg zu verhindern. Eine Unterstützung Europas sei eine gesunde Kapitalinvestition zu Gunsten des Weltfriedens. Hierin erklärte der Vorsitzende des Außenpolitischen Senatsausschusses, Senator Arthur H. Vandenberg, wie er es sehr, stünden die Vereinigten Staaten vor der Wahl, in Europa ein angemessenes wirtschaftliches Aufbauprogramm durchzuführen oder zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit des eigenen Landes größere Mittel für die Armeen und ihre Bewaffnung zu bewilligen. Foster Dulles, ein führender republikanischer Außenpolitiker, betonte in einer Rede in New York ähnlich: „Die Vereinigten Staaten haben heute nur die Wahl zwischen einer gigantischen Aufrüstung oder der vollen Unterstützung des Marshall-Planes.“ Die 17 Milliarden Dollar, die die Durchführung des Marshall-Planes erfordern würde, erscheinen Foster Dulles noch zu gering. Er müsse, sagte er, in großartigem Stil geplant und gehandelt werden. „Damit der Krieg nicht zur Wahrscheinlichkeit oder harten Tatsache werde.“

Und, in der Tat, was bedeutet 17 Milliarden Dollar gemessen an den Hunderten von Milliarden, die ein neuer Krieg (der Riesenflugzeuge und Atombomben) die Vereinigten Staaten von Nordamerika kosten würde? Wofür sonst kann sich der Kongreß in Washington entscheiden, wenn er den Frieden für 17 Mrd. Dollar, den Krieg aber nur für den zehn- oder zwanzigfachen Betrag zu kaufen bekommen kann? Wofür sonst als für den Frieden? Uns scheint, daß bei aller Kritik und bei allen Versuchen, den Marshall-Plan auf ein unwirksames Maß zu reduzieren, der Ausgang der Aussprachen in Washington nicht zweifelhaft sein kann.

Ungünstige Entwicklung im Ruhrgebiet

Weitere Rationskürzungen wahrscheinlich — In den nächsten Monaten keine wesentliche Steigerung der Einfuhr

H. Essen. Der sichere und geordnete Ablauf einer leistungsfähigen Wirtschaft ist normalerweise nicht von der Ernährungsseite gefährdet, und wenn er es jemals in Kriegsläufen war, so ist er doch zu keiner Zeit so sehr aus dem Gleise geraten wie eben jetzt. So mag es wohl auch geschieden, daß uns erst jetzt die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Ernährung zu Bewußtsein gekommen sind, jene Wechselbeziehungen, die wir so recht eindringlich in dem Auf und Ab der Kohlenförderung erkennen, aber auch in allen anderen Sparten unseres Wirtschaftslebens wahrzunehmen in der Lage sind. Und während wir bis vor kurzem gewohnt waren, die Kohle als Motor aller Wirtschaften und vornehmlich des Wiederaufbaus zu bezeichnen, sehen wir heute mit jedem Tag klarer, daß in Wahrheit die Ernährung und darüber hinaus die Versorgung mit den lebensnotwendigsten Gebrauchsgütern an erster Stelle stehen. Mit Recht darf man deshalb wohl von der Vorkohle sprechen, die erst einmal sichergestellt werden muß, um zu einem wirtschaftlichen Effekt voranzudringen.

Mit der Schaffung dieser Voraussetzungen sieht es trotz aller Streiks, die sich im Westen die Hand gegeben haben, und zu denen sich nun noch ein Streik der Gewerkschaft der Anzeiger in der Doppelpolzone gesellt, weiterhin trübe aus, und so ist eine heftige Kritik der letzten Ernährungsverhandlungen und der verzweifelten Aussichten im Gange, die einerseits einige wenige Kalorien als Ausgleich erhoffen lassen, jedoch andererseits noch weitere Rationskürzungen bringen werden.

Wohl keine Äußerung eines Vertreters der britischen Besatzungsmacht hat bisher eine so lebhaftige Reaktion ausgelöst, wie die Erklärung des Leiters der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone, Mr. Hughes, Berlin, der in einer Ernährungs-Konferenz in Düsseldorf, an der alle verantwortlichen und interessierten Kreise der Doppelpolzone teilnahmen, meinte, die Ernährungsfrage sei besser als im vergangenen Jahr, wenn sie auch schlechter sei, als sie es eigentlich sein müßte. Der Grund liege darin, daß die landeseigenen Lebensmittel nicht besser erfaßt und in die richtigen Kanäle geleitet würden. Für die nächsten drei bis sechs Monate könnten die Einfuhren nicht wesentlich erhöht werden.

Zonengrenzen und Länderpartikularismus erschweren die Ernährung

Von deutscher Seite wird hierzu erklärt, die Deutschen seien nicht für eine Entwicklung verantwortlich zu machen, die in ihren Voraussetzungen von ihnen nicht gewollt und die durch sie auch nicht beeinflusst sei. Jeder wisse, daß Deutschland sich nie aus Elanem habe ernähren können, und es sei dazu um so weniger in der Lage, seit die Kornkammern im Osten abgetrennt worden seien. Jedermann wisse weiter, wie sehr die Zonengrenzen auch die Lösungen der Ernährungsfragen erschweren haben. Nicht zuletzt habe sich ihr der Länderpartikularismus hemmend in den Weg gestellt. Erwähne man von anderen Momenten, die man noch anführen könne, lediglich nach die Anschauung vom Wallfang, so sei der schwache Boden hinlänglich gekennzeichnet.

Europa, die USA und der Marshall-Plan

Fortsetzung von Seite 1

Bei so großen Umlagerungen, wie wir sie erleben, darf man nicht in kleinen Zeiträumen denken. Die Reorganisation Deutschlands ist wie das europäische Wiederaufbauprogramm ein Unternehmen auf lange Sicht, dessen Früchte erst in Jahren reifen werden. Das braucht uns aber nicht daran zu hindern, die mitten im Wirbel dieses Prozesses erscheinende Kristallisation zu erkennen, welche im weiteren Verlauf formgebend und aufbauend wirken kann. Und wenn auch Rußland die Periode der Präsidentenwahl, in der die Handlungsfreiheit Marshall's stark beschränkt sein dürfte, nutzen wird und Verstöße der „Kominform“ zu gewärtigen sind, so ist es zunächst doch von entscheidender Tragweite, daß der Ansatz zu einer Willensbildung wirksam geworden ist, die Europa schnell und umfassend zu unterstützen antreibt. Truman, Marshall und die Kongreßführer scheinen nicht gewillt zu sein, sich hierbei durch die Gegnerschaft Moskaus und oppositionelle Strömungen im Lande beirren zu lassen.

Sollte es so bleiben und im Wahlkampf um den Präsidenten nicht ein Vakuum entstehen, so werden die Vereinigten Staaten in immer steigendem Maße ihre gewaltigen Kräfte in aufbauendem Sinne einsetzen können. Europa und Asien müßten dann nicht zittern.

Für ein Kontrollorgan der USA

New York. Nach einem Vorschlag des Präsidenten der Weltbank, John J.

net, auf dem die Ernährungswirtschaft ruhe.

An diese abwehrende Beweisführung reiht sich hier noch manche andere Betrachtung. So sagen die Bergleute an der Ruhr, deren Familienmitglieder als Normalverbräucher selbst zu den vom Hunger Betroffenen gehören, die Förderung und der Abtransport der Kohlen sei von den Engländern lückenlos organisiert, für die Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hätten sie aber nicht das gleiche Interesse aufgebracht. Wenn ebenso viel Können und Aufmerksamkeit verwandt werden wäre wie auf die Kohlenwirtschaft, so würde es vielleicht nicht ganz so schlimm stehen.

Wenn an der Ruhr immer wieder beobachtet werden ist, daß die Versorgung in anderen Ländern der Doppelpolzone nicht so ungenügend ist, so verlegt der Ruhrländer bei weitem nicht vor Neid und Mißgunst denn er weiß, daß auch anderwärts ungenügende Kalorienanteile zugeteilt werden. Wird nun von diesen Ländern einmal der Versuch einer Hilfe gemacht, in dem sie für einige Zeit auf Fett verzichten, so ist sich die Bevölkerung im Ruhrrevier darüber klar, daß es sich dabei um eine freundliche Geste, aber um keine Erlösung handelt, daß die Schwierigkeiten weiterverträgt, aber nicht gelöst sind. Davon, daß man zwei Kranke in ein und dasselbe Bett legt, ist noch keine wieder gesund geworden.

Gefahr totaler wirtschaftlicher Lähmung

Angesichts der weiterhin bedenklichen Lage, die am besten durch die angekündigten Rationskürzungen illustriert ist, bedarf es keines Protokolls M, um die Wirtschaft an der Ruhr aus den Angeln zu heben. Der Leistungswand in dem

Teil der Wirtschaft, der sich nicht des Ansporns durch die CARE-Pakete erfreut, macht sich immer fühlbarer geltend, und dort, wo in Gestalt der CARE-Pakete Kampferspritzen verabfolgt werden, geht die Leistung rückwärts zurück, sobald die Wirkung des Anreizes verpufft ist. Die letzten Streiks hatten wiederum Hunderttausende von Fehlschlägen zur Folge, und wer den Blick auf die Zukunft richtet und sich den Realitäten nicht verschließt, hängt vor den Ereignissen, die zu erwarten sind, wenn die Rationen, statt wieder hinaufgesetzt zu werden, weiter gekürzt werden. Schon zeichnet sich auf dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Ernährung das Gespenst der totalen wirtschaftlichen Lähmung ab. Um diese erste aller Gefahren geht es in dieser Stunde.

Die Bevölkerung des Ruhrreviers ist seit Jahrzehnten an Zurückzuegenen wirtschaftlicher und kultureller Art gewöhnt. Der übliche Name des Kohlenpotts, der erfreulicherweise eine Zeitlang nicht zu hören war, jetzt aber wieder von Reportern und sonstigen Revierfremden aufgewirmt wird, ist bezeichnend für diese Behandlung des Ruhrreviers, mit der es sogar so weit gekommen ist, daß von ihm einmal sogar als von einer Negerkolonie gesprochen werden konnte. Weil die Menschen an der Ruhr nichts Anderes kennen, als hart und unermüdet zu arbeiten, und weil sie gewohnt sind, auf der Schattenseite des Lebens zu wachen, haben sie sich mit der versorgungsmäßigen Schlechterstellung für eine gewisse Zeit abgefunden, aber sie sind nun der Ansicht, daß mit diesem Verfahren Schluß gemacht werden muß. Auch in der Härte des Nehmens ist irgendwo einmal die Grenze erreicht. Ist ein Pulverfaß, das jeden Augenblick explodieren könnte, bezeichnete Generaldirektor Kost von der Deutschen Kohlen-Bergbau-Leitung in der erwähnten Ernährungs-Konferenz das Ruhrgebiet. Es spricht so manches dafür, daß er damit den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

Die englischen Stahlpläne

Schrottaufkommen und Schrottpreise

Der Direktor der British Iron and Steel Federation, Mr. Stone, hat der Ansicht, daß die englische Stahlindustrie das Erzeugnisprogramm von 12 1/2 Mill. Tonnen für 1947 überschritten haben wird. Die Versorgung des Inlandmarktes mit Stahlprodukten ist im laufenden Jahr wesentlich besser gewesen als im Vorjahr. Für den englischen Markt würden 1948 etwa 13 Mill. t zur Verfügung stehen, und die Industrie habe, etwa 1,75 Mill. t zu exportieren. Damit würde die Versorgung des englischen Marktes um rund 40% höher liegen als im Jahre 1938 und die Vorkriegszahlen des Verbrauchs der englischen Industrie bei weitem übersteigen. Die Aufgabe, die der englischen Stahlindustrie geocet sei, würde nach Ansicht von Mr. Stone nicht leicht zu erfüllen sein. Jede Anstrengung müsse gemacht werden, den Schrottrücklauf bei den großen industriellen Stahlverbräuchern zu beschleunigen. Die englische Stahlindustrie hoffe, im kommenden Jahr eine Million Tonnen deutschen Schrotts zu erhalten. Obwohl das Rohstoff- und Transportproblem schwierig sei, sei die Erfüllung des Planes nicht unmöglich, wenn alle Anstrengungen gemacht würden, um den Erfolg zu sichern. Für die Reorganisation der englischen Stahlindustrie sind rund 200 Mill. Pfund Sterling vorgesehen, d. h. etwa 35 Mill. Pfund Sterling je Jahr für die Jahre 1948—1951. Das Steel Board hat bisher Baupläne,

die einen Kostenaufwand von etwa 100 Millionen Pfund Sterling erforderlich machen, genehmigt. Das Ziel der Pläne ist, die Stahlkapazität Englands von dem Höchststand von 14 Mill. t im Jahre 1945 bis zum Jahre 1952 auf 16 Mill. Tonnen zu bringen. Der Plan sieht gleichzeitig die Modernisierung von 30 bis 40% der bestehenden Stahlkapazität vor.

Die englische Stahlindustrie sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, im Interesse der von der Regierung geforderten Stahlproduktion das Schrottaufkommen im Lande nach Möglichkeit zu steigern. Die englische Fachzeitschrift „The Metal Bulletin“ weist jetzt darauf hin, daß die englischen Schrottpreise in keiner Weise geeignet sind, den Schrottaufschlag zu erhöhen. Das Verhältnis der englischen Schrottpreise, ausgedrückt in Prozenten des Rohstoffspreises, hat sich nach dem genannten Blatt seit 1914 wie folgt verändert:

1914	96%	1934	82%
1919	92%	1939	56%
1924	86%	1944	60%
1929	94%	1947	49%

Uraniumsuche in Schweden

Stockholm. Die schwedische Mineralgesellschaft „Heliden“ führt gegenwärtig Forschungen nach Uranvorkommen in Gegenden Schwedens durch, die seit langer Zeit durch radioaktive Quellen bekannt sind.

Englische Kohle für Argentinien

Im Jahre 1948 sollen eine Million Tonnen Kohle aus England nach Argentinien geliefert werden. Vor dem Krieg bezog Argentinien 2 Mill. t englischer Kohle jährlich, 8000 t aus den Gruben von Wales sollen bereits nach Montevideo unterwegs sein. Die ersten Lieferungen nach Argentinien sollen innerhalb von 14 Tagen aus Wales abgehen.

Britisch-französische Besprechungen abgeschlossen

London. Die Besprechungen zwischen Sir Stafford Cripps und dem französischen Finanzminister Mayor sind abgeschlossen. In einem darüber veröffentlichten Communiqué heißt es, es seien alle Fragen geregelt worden, um die größtmögliche Koordination in der Politik zum Nutzen der beiden Länder und der allgemeinen Erholung Europas zu erreichen.

Nach einer Erklärung amtlicher englischer Stellen wurden vor allem der jetzige Stand und die Zukunft des französischen Franken erörtert. Einzelheiten wurden nicht verlässbar, doch bezeichnet man die Besprechungen in Londoner Schatzamt als „starke Annäherung“ zwischen den beiden Staatsmännern. Man läßt durchblicken, daß hauptsächlich wirtschaftliche und finanzielle Fragen Frankreich besprochen wurden. Weitere Besprechungen werden auf diplomatischem Wege und durch ein englisch-französisches Wirtschaftskomitee erfolgen, das Anfang Februar in Paris zusammenzutreten wird.

Währungsreform oder nicht?

Das diesmal mit besonderer Spannung erwartete Ergebnis der Kontrollratsabstimmung — der ersten nach der geschlossenen Londoner Konferenz — brachte, wie den vorläufigen Berichten zu entnehmen ist, eine Enttäuschung. Der angekündigte Vorschlag einer einheitlichen Währungsreform in allen vier Zonen, den die amerikanischen Vertreter unterbreiteten, wurde nicht diskutiert.

Es fragt sich also, ob es bei der heutigen deutschen Situation wirtschaftlich klug und vertretbar ist, in kurzen Intervallen jeweils eine Währungsreform anzukündigen. General Clay hat im Vorjahr kurz nach der Moskauer Konferenz erklärt, daß die Deutschen eine solche Reform überschätzen, ja sie könne sogar gefährlich sein, wenn sie zu einem Zeitpunkt erfolge, da die Produktion so niedrig sei. Seither hat sich aber kaum etwas gebessert. Es ist nachgerade schon zur Genüge festgestellt worden, daß die Bekanntgabe solcher Pläne, die meist allerlei Gerüchte im Gefolge haben und die nicht zuletzt den Eindruck erwecken, als ob die Währungsreform „kurz vor der Tür“ stünde, einen ungünstigen Einfluß auf die ohnehin schwer ringende deutsche Wirtschaft ausübt. Der Erfolg ist, daß sofort das Bestreben einsetzt, möglichst wenig aus den Lägern abzugeben. Der Bauer wird sich bemühen, seine Ablieferungen möglichst gering zu halten. Man kann ihm auch gar keinen Vorwurf machen, wenn man bedenkt, daß er für den Gegenwartswert von 40 Ztr. Kartoffeln gerade soviel Reichsmark erhält, als er für ein Bekämpfungsmittel gegen Kartoffelkäfer aufwenden mußte. Er wehrt sich gegen die Annahme „alter“ Reichsmarkcheine, deren Umtauschfähigkeit gegen neue Währung er für fraglich hält.

Wie gesagt, ist durch die Diskussionen bisher nichts erreicht worden, außer vielleicht, daß die ohnehin geringe Produktion mehr als sonst zurückgehalten wird. Was wir bezwecken, ist daher weniger eine uferlose Erörterung dieser Pläne als die präzise Feststellung, daß eine solche Reform nicht kommt oder bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht kommt. Entschliesst man sich nicht zu einer solchen Erklärung, dann ist es schon besser, diese Reform schlagartig ohne jede Ankündigung durchzuführen auch auf die Gefahr hin, daß sie ihre Zwecke nicht oder nur unvollkommen erfüllt. Damit wird man immerhin das Eine gewonnen haben, daß die Wirtschaft nicht andauernd so reagiert, als ob die Reform nächste Woche bevorstünde, und also jeden Verkauf aus Lägern und jede Ablieferung von Lebensmitteln möglichst gering hält. Darunter scheinen wir im Augenblick zweifelsohne am meisten zu leiden.

Deutsches Schiffsamt für den Mittelrhein

Hg. Baden-Baden. Durch Verordnung General-Königs vom 10. Januar 1945 ist in der französischen Zone ein deutsches Schiffsamt für den Mittelrhein errichtet worden. Es hat die Interessen des Flußbetriebs zu vertreten, die Flußtransporte zu regeln und die Dienststellen zu verwalten, bei denen ein allgemeines Interesse an der Rheinschifffahrt besteht. Das Amt hat Rechtspersönlichkeit und finanzielle Selbstständigkeit. Um dem Amt zu ermöglichen, die Ausführung der Transportprogramme freigelegt zu werden, können ihm Schiffe im Weg der Beschaffung zur Verfügung gestellt werden, wofür das Amt den Eigentümern eine Entschädigung zu zahlen hat. Die Führung solcher beschlagnahmter Schiffe erfolgt in eigener Regie des Amtes oder aber sie wird Betriebsgesellschaften übertragen. Das deutsche Schiffsamt wird von einem deutschen Direktor geleitet, dem ein Aufsichtsrat zur Seite steht. Der Direktor und die Mitglieder des Aufsichtsrats werden durch den französischen Oberkommandierenden ernannt. Dem Direktor ist ein Beirat aus Vertretern der deutschen Wirtschaft beigegeben. Die Kosten des Amtes werden durch Gebühren gedeckt, die von den beteiligten Berufsgruppen zu entrichten sind. Die Hausverwaltung des Amtes wird durch einen von französischen Oberkommandierenden bestellten Finanzkontrolleur überwacht. Das Schiffsamt übernimmt auch die Aufgabe, sowie die Aktiva und Passiva des bisherigen Office Financier des Transports Rhéens, welches aufgelöst wird. Bis zur endgültigen Einrichtung des Schiffsamtes übt ein vom Oberkommando ernannter vorläufiger Verwalter im Namen des Amtes seine Befugnisse aus.

Verlag: WIRTSCHAFTSREVUE VERLAG GmbH, Konstanz, Beisitzer: Chefredakteur OSKAR KRAEMER; Stellvertreter: Dr. H. F. GEILER (Baden-Baden). Bankkonto: 11 973 Deutsche Bank, Konstanz. Zuständiges Postamt für den Postvertrieb: Franz Zonen Konstanzer Anzeiger, Zone Bismarckstr. Druck: Oberbad. Verlagsgesellschaft Merk & Co. KG, Konstanz. Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beiträge von Rückporto verpflichtet Licht zur Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. — Z. St. 201. Anz.-Poststelle Nr. 2.

	erste 11 Monate	ganze Periode 14 Jahre
Großbritannien	2 490	6 655
Frankreich	1 409	2 924
Frank. Übersengebiet	163	414
Italien	977	2 913
Doppelpolzone	915	3 499
Frz. Zone Deutschlands	81	310
Saargebiet	11	53
Osterrreich	194	713
Griechenland	194	473

Starker Geldzustrom in die US-Zone

Die Landeszentralbanken im Jahre 1947 — Zunehmende Liquidität

Der Leiter des Bankrates der US-Zone, Präsident Dr. Max Grassmann, Landeszentralbank von Bayern, hatte die Freundlichkeit, unseren W-Korrespondenten zu einer Unterhaltung über aktuelle Fragen der Entwicklung der Landeszentralbanken und über die Situation der Kreditinstitute selbst zu empfangen.

Wie der Präsident eingehend feststellte, endet mit dem Ablauf des Jahres 1947 auch das erste Geschäftsjahr der vier Landeszentralbanken der US-Zone. Durch die Beendigung der Tätigkeit der Reichsbankanstalten in Bayern, Württemberg-Baden, Hessen, und in Bremen wurden deren Funktionen ab 1. Januar 1947 — in Bremen ab 1. April 1947 — dem neu errichteten Landeszentralbanken übertragen. Auch in der französischen Zone wurden im April vier selbständige Landeszentralbanken an Stelle der früheren Reichsbankanstalten errichtet, und in der russischen Zone sind fünf solche Banken ins Leben gerufen worden. Damit war ein Zentralbankensystem geschaffen, das, obwohl viele Bestimmungen des Reichsbankgesetzes übernommen sind, sein Vorbild in dem amerikanischen Federal-Reserve-System findet. Die regional voneinander abgetrennten Landeszentralbanken sind voneinander unabhängig. Der Zusammenhalt der einzelnen Landeszentralbanken dient in der US-Zone der Bankarbeit, der zur Zeit von Präsident Dr. Grassmann geführt wird. Die Aufgabe dieses Bankrates liegt vor allem in der Festsetzung einheitlicher Richtlinien für die Diskontpolitik und für andere grundsätzliche Fragen der Bankpolitik. Die Aufgaben der Landeszentralbanken bestehen hauptsächlich in der Regelung des Geldumlaufs und der Kreditversorgung, der Sicherung der Zahlungsbereitschaft der Kreditinstitute, der Pflege des Scheck- und Überweisungsverkehrs und der Erleichterung des Zahlungsverkehrs mit anderen deutschen Ländern sowie mit dem Ausland. Ein Notenausgaberecht besitzen die Landeszentralbanken nicht.

Die Eröffnungsbilanzen weisen per 1. Januar 1947 — Bremen per 1. 4. 1947 — für die gesamte US-Zone einen Kassenbestand von 6,3 Mrd. RM aus. Dessen standen Einlagen von 9,5 Mrd. Reichsmark gegenüber. Die Bar-Liquidität der neu errichteten Institute belief sich somit auf 66,4%, wobei Bayern mit 74,4% die größte und Hessen mit 51% die geringste Liquiditätsquote aufwies. Bei einem Vergleich der Eröffnungsbilanzen mit den Bilanzen per 30. 11. 1947 — im Monat Dezember dürfte sich nur geringe Änderungen ergeben — fällt zunächst auf, wie uns Dr. Grassmann erklärte, daß die Bilanzsummen ganz allgemein beträchtliche Erhöhungen aufwiesen. Diese Erhöhung ist jedoch nicht als Zeichen einer Geschäftskredit- bzw. -übernahme zu sehen, denn die für eine solche Wirtschaftsbeteiligung in erster Linie in Betracht kommenden Positionen, Wechsel- und Scheck sowie Lombardforderungen zeigen kaum nennenswerte Veränderungen. Bei ihnen läßt sich vielmehr bei allen Landeszentralbanken, mit Ausnahme Bayerns, ein Rückgang feststellen, aber auch die Zunahme in Bayern ist nur unbedeutend. Die Erhöhung entfällt in erster Linie auf die Barbestände, die von 6,3 auf 9,5 Mrd. RM, das sind 42,3%, stiegen. Von dieser Erhöhung entfällt der Hauptteil auf Bayern, das eine Erhöhung seines Kassenbestandes um 1,7 Mrd. RM — rund 55% zu verzeichnen hat, während Bremen, Hessen und Württemberg nur Zunahmen von rund 34,4 und 45% aufzuweisen haben. Weitere Veränderungen unter den Aktiven zeigen die Postcheckguthaben und die Guthaben bei anderen Landeszentralbanken oder Kreditinstituten innerhalb des Landes. Die letzte Position zeigt insbesondere beträchtliche Erhöhungen bei Hessen und Württemberg.

Einlagen
Diese starken Veränderungen finden auf der Passiv-Seite ihren Niederschlag bei den Einlagen. Deren Gesamtbetrag hat sich um 3,2 Mrd. RM = 33,5% erhöht.

Im einzelnen sind die Einlagen von Kreditinstituten des Landes um 1,582 Mrd. = 26%, die Forderungen von Landeszentralbanken um 983 Mrd. RM = 94%, die Einlagen von öffentlichen Verwaltungen um 701 Mrd. RM = 34,5% gestiegen, während die Einlagen der sonstigen Einleger einen Rückgang von 57 Mrd. RM = 16,5% zeigen. Bemerkenswert ist dabei die Zunahme der Forderungen von Landeszentralbanken oder Kreditinstituten anderer Länder, bei der die Erhöhung der bayerischen Forderung insbesondere ins Auge fällt. Diese Entwicklung ist nach Ansicht von Präsident Dr. Grassmann nicht allein bedingt durch die Wirtschaftsbeziehungen Bayerns zu Hessen und Württemberg, denen gegenüber die Verschuldung vor allem eintritt, sondern durch die Zentralisierung der Gelder bestimmter Verwaltungen in Frankfurt und Stuttgart.

Hinsichtlich der öffentlichen Gelder bemerkt Dr. Grassmann, daß die ausgerechneten Beträge keinen vollen Aufschluß über den wirklichen Bestand solcher Gelder geben. Soweit die Kom-

ten öffentlicher Stellen bei anderen Kreditinstituten geführt werden, was vor allem in Bayern der Fall ist, erscheint ein großer Teil der öffentlichen Gelder unter den Einlagen von Kreditinstituten des Landes.

Liquidität
Im allgemeinen hat sich die Barliquidität der Landeszentralbanken erheblich verstärkt. Für die gesamte US-Zone ergibt sich nach den Novemberziffern ein Liquiditätsgrad von 71%. Die Liquidität der einzelnen Banken stellt sich wie folgt: Bayern = 82%, Bremen = 59,8%, Hessen, das einen Rückgang zu verzeichnen hat = 47,4% und Württemberg = 77%. Die wesentlichen Gründe für den starken Geldzustrom zu den Landeszentralbanken der US-Zone sieht Dr. Grassmann in dreifacher Art. Einmal findet noch immer eine ständige Bevölkerungszunahme statt, zum anderen führt der landwirtschaftliche Charakter der süddeutschen Gebiete dazu, daß in ihnen beträchtliche Lebensmittel- und andere Waren zum Vertrieß werden. Die Hauptursache aber ist der Steuerdruck, der auf dem Wirtschaftsleben lastet. Dieser führt zu der Auflösung passiver Notenbestände. Er führt auch zu starkem Umlagerungen der Bankdepots zu den öffentlichen Kassen führenden Banken.

Diese letztere Entwicklung erfordert aus bankpolitischen Gründen die besondere Aufmerksamkeit der Landeszentralbank, da auf die Dauer die Liquidität einzelner Kreditinstitute davon bedroht wird. Im Gegensatz zu dieser Entwicklung zeigen die Barbestände in der britischen Zone eine ständige Abnahme. Dies ist begründet in dem stark industriellen Charakter dieses Gebietes, das von Jahr zu Jahr ein großes Geldbedarfgebiet war. Daneben nimmt aber Dr. Grassmann an, daß eine weitergehende Durchdringung der Preisstoppesetze und des Bewirtschaftungssystems eingetreten ist als in den süd-deutschen Ländern.

Letzten die Anweisung auf eine Geschäftsbeteiligung nicht schließen, lassen sie aber doch erkennen, in welschem Maße die Landeszentralbanken in ihre Funktionen, die sie auf dem Gebiete

des Geld- und Zahlungsverkehrs zu erfüllen haben, hineingewachsen sind. Wesentliche Aufgaben sind ihnen auf diesem Gebiete gestellt gewesen. Für den Bargeldumlauf war dringend die Abstellung des sich hemmend bemerkbar machenden Kleingeldmangels. Er konnte erst mit Hilfe der Militärsnoten in kleinen Abschnitten zu 50 Pfennig erleichtert werden. Weiter wurde eine Ausprägung neuer Münzen angestrebt, die schließlich von der Militärregierung genehmigt wurde. Die Ausprägung wurde im Dezember aufgenommen. Auf dem Gebiete des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wurde zur Erleichterung des Überweisungsverkehrs mit anderen deutschen Ländern, der anfangs im Wege des Kontokorrentverkehrs ausgeführt werden mußte, eine gemeinsame Verrechnungsstelle in Frankfurt am Main geschaffen. Diese untersteht dem Bankrat und hat ihre Tätigkeit am 8. Oktober 1947 aufgenommen, zunächst mit dem Überweisungsverkehr innerhalb der US-Zone.

Anschluß nach Süden und Norden
Im Laufe des Dezembers 1947 haben sich die Landeszentralbanken der französischen Zone und die Reichsbankstelle Hamburg für die britische Zone diesen Verrechnungsverkehr angeschlossen. Dabei ist eine Barabdeckung der aus dem früheren Überweisungsverkehr vorhandenen Schuldsalden vereinbart. Es werden sich daher, wie der Präsident weiter ausführt, die entsprechenden Positionen der Ausweise, d. h. die Barbestände und die Verpflichtungen gegen andere Landeszentralbanken und ähnliche Kreditinstitute vom Dezember ab verringern. Eine Verminderung der Barliquidität wird jedoch nicht eintreten, da einer Verminderung des Barbestandes auch ein Rückgang der Verbindlichkeiten gegenübersteht wird. Leider konnten ähnliche Vereinbarungen mit der russischen Zone noch nicht getroffen werden. Hier läßt der gesamte Zahlungsverkehr nach über Konten des Berliner Stadtkontors bei den einzelnen Landeszentralbanken.

Weiterhin haben die Landeszentralbanken die Durchführung der George Nr. 52 und 53 der Militärregierung vor-

zunehmen. Eine andere Tätigkeit, die auf Grund von Anordnungen der Militärregierung zu übernehmen war, ist die Ausschaltung der Kriegsgesamten-Ersparnisse und Arbeitslöhne.

Die Landeszentralbanken konnten infolge des Darniederliegens der Wirtschaft und des fast völligen Fehlens von Kreditbedürfnissen eine der wichtigsten Aufgaben jeder Zentralbank, die Versorgung der Wirtschaft mit kurzfristigem Kredit, nicht erfüllen. Eine aktive Kreditpolitik wird derzeit nach der Währungsreform vorbehalten sein, in der die Kreditpolitik ein wesentlicher Faktor für das Gelingen der Währungsumstellung sein wird. Mit der Entscheidung über die Währungsreform muß zugleich eine Entscheidung über das Notenausgaberecht und damit über das künftige Notenbankwesen Deutschlands getroffen werden. Dr. Grassmann nimmt jedoch nicht an, daß die Besatzungsmächte mit einer Rückkehr zur Zentralnotenbank nach dem Muster der Reichsbank einverstanden sein werden.

(Siehe Wirtschaftsrevue Nr. 3.) Er erwartet vielmehr, daß das in der amerikanischen und französischen Zone und in ähnlicher Weise in der russischen Zone entwickelte System der Landeszentralbanken die Grundlage für das künftige Notenbankwesen bildet. Es würde jedoch, soll es seinen Aufgaben gerecht werden, noch gewisser Modifikationen bedürfen. So ist vor allem die Schaffung eines überregionalen Organs mit Weisungs- und Kontrollbefugnissen erforderlich, das auch das Recht der Notenausgabe zu übernehmen hätte. Auszüge zu einer solchen Einrichtung sind sowohl in der amerikanischen als auch in der französischen Zone vorhanden. Es sind dies der Bankrat der Landeszentralbanken der US-Zone und der Koordinierungsausschuß der Landeszentralbanken der französischen Zone. Die Zusammenarbeit dieser beiden Stellen hat sich in der Vergangenheit gut bewährt; in ihnen ist der Grundstein für eine Zentralbehörde des künftigen Notenbankwesens bereits gelegt.

Antwort an Kleinaktionäre

Treuhandverwaltung lehnt Einwände der Schutzvereinigung ab

Wie in unserem Artikel „Die Aktionäre melden sich“ (Nr. 2 vom 14. Okt. 1947) mitgeteilt, haben Kleinaktionäre und Obligationäre in einer Eingabe an die Treuhandverwaltung der North German Iron and Steel Control ihre Rechtsansprüche bei der Entflechtung geltend gemacht. Inzwischen haben Verhandlungen zwischen der Treuhandverwaltung und der Schutzvereinigung für privaten Wertpapierbesitz a. V. stattgefunden, und darüber hinaus hat die Treuhandverwaltung eine eingehende schriftliche Antwort erteilt, mit der sich die Schutzvereinigung aber nicht zufrieden geben wird und zu der sie ihm Gegenargumente z. Z. ausarbeitet. Die Antwort der Treuhandverwaltung läßt die Einwände der Schutzvereinigung im einzelnen ab. Im folgenden geben wir einen Teil der Stellungnahme wieder, soweit er auch von allgemeinerem Interesse ist.

Essen, Mitte Januar 1948. Die Antwort der Treuhandverwaltung fußt auf den durch die Besatzungsmacht geschaffenen Voraussetzungen der Entflechtung und läßt die privatrechtlichen Erwägungen in den Hintergrund treten. Andererseits will sie die Auffassung geltend machen, daß auch in der Entflechtung das Privatinteresse den Schutz der geltenden deutschen Gesetze genießt und daß die Treuhandverwaltung die Anerkennung des Privatinteresses und des Aktienrechtes keineswegs außer acht gelassen habe. Ebenso wenig könne von einer schematischen Verstaatlichung der eisenverarbeitenden Betriebe und der Zerteilung organisch gewachsener Erzeugungszusammenhänge unter Besetzung einer sinnvollen und für die Rentabilität bedeutungsvollen Verbundwirtschaft gesprochen werden. Insbesondere sei die Eigentumsfrage offen gelassen. Die alten Gesellschaften seien nach wie vor Eigentümer der Werksanlagen geblieben, die von den neuen Gesellschaften genutzt werden. Bisher seien weder die Interessen der Aktionäre noch die der Obligationäre geschädigt worden. Wir greifen folgende Probleme aus der Antwort im einzelnen heraus:

Die Gläubigerinteressen

Man wird die Gläubiger der alten Gesellschaften in 3 Gruppen einteilen können. Es sind das die Gläubiger, die sich aus dem laufenden Geschäftsverkehr ergeben, ferner die kurz- und mittelfristige Bilanzmittel zur Verfügung stellen, und schließlich langfristige Gläubiger, die ihre Mittel als Hypotheken oder Anleihen geben. Durch die Überleitung des Geschäfts auf die neuerrichteten neuen Gesellschaften sind bei der alten Gesellschaft aus dem Eingang aus Debitoren Mittel freigegeben, um die erste Gruppe der Gläubiger bzw. die Lieferanten bezahlen zu können. Die zweite Gruppe, in erster Linie die Banken, wird zunächst aus befriedigt werden können durch Heranziehung der vorhandenen Mittel, da diese für den laufenden Geschäftsverkehr nicht mehr benötigt werden, ferner aus dem Eingang von Debitoren sowie aus dem Verkauf der Vorräte. Bei den langfristigen Gläubigern handelt es sich im Regelfall um Investitionskredite. Ein Teil dieser Gläubiger wird aus der Liquidierung der Umlaufmittel befriedigt werden können. Durch die Überleitung der Anlagen zur Nutzung durch die neuen Gesellschaften entsteht aber jedenfalls für diese Gruppe der Anleihegläubiger auch keine Benachteiligung.

Geringe Höhe des Nominalkapitals

Der Auffassung der Schutzvereinigung, daß die Errichtung neuer Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 100 000.— und mit bedeutendem Bedarf an Umlauf- und Anlagekapital wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sei, muß entgegengehalten werden, daß diese Form nur eine vorübergehende Lösung darstellt bis zu dem Zeitpunkt, wo über den endgültigen Eigentümer der Werksanlagen entschieden wird. Außerdem läßt sich die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Anbetracht der Währungsreform und der Auswirkungen in der Frage der Demontage sowie der schließlichen Kapazität der deutschen

Eisen- und Stahlindustrie es noch nicht zu, heute schon das Kapital der neuen Gesellschaften festzulegen. Diese Form der Neugründung ist infolge ihres Übergangscharakters auch aus steuerlichen Gründen die zweckmäßigste. Die seit dem 1. 3. 1947 gegründeten neuen Gesellschaften beweisen, daß das Kapital von 100 000.— RM zu keinerlei Schwierigkeiten führt.

Verkauf der Vorräte

Gegenüber der Feststellung der Schutzvereinigung, daß der Verkauf der Vorräte an die neuen Gesellschaften zu Papiermarkpreisen rechtlich und moralisch in Zweifel zu ziehen sei, macht die Antwort eine Reihe von Einwänden geltend, von denen der bedeutendste ist, daß die Treuhandverwaltung den Grundkapital Reichsmark = Reichsmark auf Grund eines Sondergesetzes befolgt. Die Bewertung der Vorräte liegt im Ergebnis durchwegs über den Vermögenswert der alten Gesellschaften, deren objektive Richtigkeit auf Grund der gegebenen Verpflichtungen nach den deutschen Steuergesetzen unterstellt werden muß.

Die Nutzungsgelder

Unter Hinweis auf die Tatsache, daß die alten Gesellschaften bis zum Zeitpunkt der Übernahme mit erheblichen Verlusten gearbeitet hätten, kann der Forderung auf sofortige Festsetzung und Zahlung einer Nutzungsgeld für die überlassenen Anlagen im Augenblick nicht entgegengehalten werden. Eine Bewertung aller Anlagen nach einheitlichen Grundsätzen ist zur Zeit nicht möglich. Es ist vorgesehen, bei den neuen Gesellschaften Rückstellungen zu bilden, falls die Ergebnisse das zuläßt.

Gegen Klöckner-Plan

Als nicht diskutabel bezeichnet die Antwort die Vorschläge entsprechend dem Klöckner-Plan, die neuen Gesellschaften mit dem vollen Betriebskapital gemäß dem Wert des übernommenen Anlage- und Umlaufvermögens auszustatten und die neuen Aktien den unbelasteten alten Aktionären im Umtausch zur Verfügung zu stellen. Der Klöckner-Plan will die Anlagewerte bei der Einbringung in die neuen Gesellschaften zum sogenannten Betriebswert, d. h. zum kalkulatorischen Wert, und die Umlaufwerte zum bisherigen Buchwert bewerten. Die Treuhandverwaltung widersetzt sich der Neubewertung eines Teiles des Vermögens. Sie will im übrigen in Kürze zu dem Klöckner-Plan eingehend Stellung nehmen.

Neuer Konzern oder nicht?

Nach der Antwort entbehrt die Auffassung, daß durch die von der Treuhandverwaltung vorgenommene Neugründung Anzeichen für ein neues zentralistisches Gesamtunternehmen zu erkennen sind, einer sachlichen Begründung. Die Treuhandverwaltung arbeitet im Auftrag des Kontrollrats und hat kein Verfügungsrecht wie beispielsweise ein Konzern. Ihre Tätigkeit ist vorübergehend.

Die Interessensverteilung

Abschließend betont die Treuhandverwaltung, daß die Interessen der Klein- und Mittelaktionäre durchaus gewahrt werden seien. Die Maßnahmen hätten sich sogar zugunsten der Kleinaktionäre ausgewirkt. Vor allem sei den Kleinaktionären die Festlegung verblichen, so daß sie ihre Aktien handeln könnten. Auch in Zukunft würden alle Maßnahmen ohne Rücksicht auf etwaige Sonderinteressen in gerechter und objektiver Weise getroffen, wodurch die Interessen der Klein- und Mittelaktionäre am besten gewahrt seien.

Über die Tatsache, daß die Entflechtung vorgenommen wurde, ohne die Besitzer zu befragen, schweigt sich die Antwort aus, wie auch schon die wenigen hier wiedergegebenen Argumente zeigen, daß die Antwort der Treuhandverwaltung sich auf einem ganz anderen Gleise bewegt wie die Eingabe der Schutzvereinigung, auf deren erstere Stellungnahme man nun gespannt sein darf. Wie wir aus Kreisen der Schutzvereinigung erfahren, will man die Auffassung der Treuhandverwaltung nicht als endgültig hinstellen.

Das Aachener Steinkohlenrevier

1947 erst 41% der Vorkriegsförderung erreicht

Das Aachener Bergrevier liegt etwa in der Mitte der großen westeuropäischen Steinkohlenfelder, die sich vom Ruhrgebiet bis nach Belgien und Nordfrankreich hinziehen. Es hatte trotz geringeren Kohlenreichtums und geringerer Förderkapazität stets einen beachtenswerten Anteil an der westeuropäischen Kohlenförderung. Das Aachener Revier förderte 1938 7,25 Mill. t Steinkohlen und erreichte damit 4,2% der gesamtdeutschen Steinkohlenförderung, die 186 Mill. t betrug. Das Ruhrgebiet war im gleichen Jahre mit 68,4%, das heißt mit 127,3 Mill. t, an der deutschen Förderung beteiligt.

Während der letzten Kriegsmonate lag die Aachener Zechen lange Zeit unmittelbar im Kampfgebiet und konnten daher nicht in Betrieb gehalten werden. Der entstandene Schaden übertraf bei weitem die Kriegsschäden im Ruhrrevier. Das ist auch der Hauptgrund, weshalb die Förderung in den Aachener Gruben noch nicht jenen Aufschwung zu verzeichnen hat, der seit einiger Zeit an der Ruhr zu beobachten ist. Während 1945 im Aachener Revier nur 862 000 t und 1946 schon wieder 2,13 Mill. t gefördert wurden, betrug das Förderergebnis 1947 rund 3,20 Mill. Tonnen. Damit sind erst 41% der Vorkriegsleistung wieder erreicht, während im Ruhrgebiet mit 71 Mill. t im vergangenen Jahr wieder ein Leistungsstand von etwa 56% der Vorkriegszeit zu verzeichnen ist. Allerdings hat das Aachener Revier gerade 1947 wieder erheblich aufgeholt, was am besten an der steigenden Kurve der durchschnittlichen Tagesförderung zu erkennen ist, die noch steiler angestiegen ist als im Ruhrgebiet. Im Januar wurden 8 575 Tonnen im Durchschnitt gefördert, im April 9 655, im Juli 10 125, im Oktober 11 925 und im November 13 106. Mit diesem Jahresrekord ist jedoch wieder das durchschnittliche Tagesergebnis von 1938 mit 25 600 t zur Hälfte erreicht und sogar leicht überschritten.

Belegschaft noch unter dem Vorkriegsstand

Diese Leistung ist um so höher zu bewerten, da im Aachener Revier zur Zeit bei weitem noch nicht wieder die gleiche Zahl an Arbeitskräften wie vor dem Kriege beschäftigt ist — im Gegensatz zum Ruhrgebiet, wo die Bergarbeiterzahl den Stand von 1938 bereits beträchtlich überschritten hat. Während die Gesamtbelegschaft im Aachener Revier sich im Durchschnitt von 1938 auf 26 300 Mann belief, war sie bis Ende November 1947 auf 20 300 gesunken. Dieses Zurückbleiben der Belegschaft hinter dem Ruhrgebiet ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Kapazitätsausnutzung des Aachener Zechen heute infolge der schweren Kriegs-

schäden bei weitem noch nicht so groß ist wie an der Ruhr. Außerdem sind die Schächte an den Bergarbeiterwohnungen viel größer als an der Ruhr. Die derzeitigen Unterbringungsmöglichkeiten im Aachener Revier sind also zur Zeit noch schwieriger als im Ruhrgebiet. Aber auch die höhere Intensität der Ruhrzechen, die vor allem auf eine größere Mächtigkeit der Flöze zurückzuführen ist (in Aachen 80 cm, an der Ruhr 120 cm durchschnittliche Mächtigkeit), ließ es in den vergangenen zwei Jahren geraten erscheinen, zunächst den Ruhrbergbau zu fördern.

Koks-Erzeugung 1947 gegenüber 1946 fast verdreifacht

Besondere Bedeutung kommt dem Aachener Revier auch für die Koks-Erzeugung zu. Gegenüber 1,5 Mill. t Koks im Jahre 1938, hat die heutige Produktion mit etwa 350 000 Tonnen (für 1947) erst knapp den vierten Teil der Vorkriegsleistung wieder erreicht. Dies ist vor allem auf die besonders schweren Kriegsschäden zurückzuführen, so daß die Koks-Erzeugung im Juli 1946 überhaupt erst wieder im Aachener Revier aufgenommen werden konnte. Immerhin bedeutet die Erhöhung der Koks-Erzeugung von 126 000 t im Jahre 1946 auf 330 000 t im vergangenen Jahre einen beachtlichen Fortschritt, den man 1948 weiter ausbauen gedenkt.

Das Aachener Steinkohlenrevier ist ebenfalls der Deutschen Kohlenbergbau-Verwaltung unterstellt. Die Bergarbeiter in Aachen erhalten selbstverständlich die gleichen Vorteile des Punktsystems, der CARE-Pakete und der sonstigen Ansporn-Aktionen, die im vergangenen Jahr einen starken Förderanstieg gebracht haben. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Kumpels im Aachener Steinkohlenrevier infolge der größeren Zerstörungen ihrer Wohn- und Arbeitsstätten in noch schlechteren sozialen Verhältnissen leben als ihre Arbeitskollegen an der Ruhr. Dieses Los wird sich nicht dadurch erleichtern, daß der Aachener Steinkohlenbergbau vorwiegend von ausländischem Kapital bestimmt wird. Der Eckweiler Bergwerksverein mit seinen zahlreichen Gruben ist z. B. zu 96,5% im Besitz der luxemburgischen Gruppe der „Arbed“, während die Gwerkschaft Sophia Jacobs eine holländische Gesellschaft ist und Carolus Magnus sowie Carl Alexander stark von französischem Kapital bestimmt werden. Diese Besitzverhältnisse wirken sich zur Zeit praktisch noch nicht aus. Wenn jedoch eines Tages eine Entflechtung oder gar Sozialisierung des Bergbaus herangezogen werden soll, werden im Aachener Revier besonders schwere Probleme zu lösen sein, die sich aus den Besitzverhältnissen ergeben.

WIR GREIFEN AUF:

Start mit Vorgabe

Der hessische Landtag verabschiedete ein Gesetz über die Wiedererrichtung von Verbrauchergewerkschaften. Darin sind zwei Bestimmungen enthalten, die nicht unkritisiert bleiben dürfen: 1. Dürfen die Konsumgenossenschaften bis zum 1. Januar 1952 Waren auch an Nichtmitglieder verkaufen und 2. werden alle Rechts- und Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit der Wiedererrichtung von Konsumvereinen für steuerfrei erklärt. Die erwähnte Bestimmung widerspricht dem Genossenschaftsgesetz. Eine Genossenschaft ist nur für ihre Mitglieder da. Sie zahlen ihren Stammsatz, es ist ihr Kapital, das in diesen Gesellschaften arbeitet und sie allein sollen die Vorteile und die Nachteile tragen. Nur so sind Konsumvereine im freien Existenzkampf mit dem Einzelhandel zu vertreten. Damit kommen wir zu der 2. Bestimmung. Sie bedeutet eine steuerliche Bevorzugung der Konsumvereine. Auch das ist ungerecht. Es beginnt also schon wieder der Kampf um die Gleichhaltung der Ausgangspositionen im Wirtschaftsleben. In jedem fairen Kampf werden Bevorzugungen beim Start abgelehnt. So ist es im Sport, so soll es auch in der Wirtschaft sein.

Die Vermutung liegt nahe, daß auch für das laufende Geschäft der Konsumvereine direkt oder indirekt steuerliche oder andere befristete, sich materiell auswirkende Bevorzugungen diesen erleichterten Startbedingungen folgen werden. Wir wollen auf die Bevorzugungen mit propagandistischen Mitteln, wie sie in der früheren Praxis der Konsumvereine hier und da eine Rolle spielten, nicht näher eingehen, aber auch sie werden nicht auf sich warten lassen. Der Genossenschaftsgedanke ist so groß und so gut, hat sich in den Jahren vor 1933 durchgesetzt und so seine Durchschlagskraft in der Praxis bewiesen, daß es fast Verrat bedeutet, wenn man ihn jetzt mit den kümmerlichen Mitteln von Steuerbegünstigungen und Ausnahmestimmungen verflüssigt ins praktische Leben setzt.

International einmal anders

Internationale Zusammenschlüsse sind auf politischem, auf künstlerischem, industriellen und in handelspolitischem Gebiet schon lange bekannt. Neuzug Darum dagegen sind internationale Arbeitsvereinigungen und internationale Berufsvereinigungen, soweit sie wirtschaftlichen Charakter haben. In letzter Zeit regen sich nun überall in der Welt wieder die Wünsche nach solchen Zusammenschlüssen.

Wir registrieren die Absicht, eine internationale Gewerbeunion zu bilden, die eine internationale Zusammenfassung des Handwerks und Einzelhandels darstellen soll. In den nächsten Wochen soll dieses Kind in Paris geboren werden. Neu ist daran die Zusammenfassung von Handwerk und Einzelhandel, obwohl man bisher doch immer der Meinung war, daß diese beiden wirtschaftlichen Gruppen in vielen Fällen keine gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen haben. Gerade deshalb ist dieser Zusammenschluß zu begründen; denn auch wir sind der Meinung, daß die früher geteilten Bedenken überholt sind. Das Gemeinsame dieser beiden Gruppen ergibt sich heute schon, wenn man die Hauptgedanken, die zu diesem Gründungsvorschlag geführt haben, Revue passieren läßt. Es sollen sich nämlich von den Landesorganisationen des Handwerks und des Handels nur diejenigen dieser Organisation anschließen, die vorwiegend auf dem Boden der Privatwirtschaft und der Freiwilligkeit stehen. Daß man darin eine wesentliche Gemeinsamkeit für Handel und Handwerk sieht, bedeutet schon einen großen Fortschritt. Der zweite Gesichtspunkt betrifft diese Gemeinsamkeit. Die internationale Gewerbeunion soll die Bedürfnisse des Handels und des Handwerks gegenüber den anderen Wirtschaftszweigen und den Behörden zur Geltung bringen. Selbstverständlich ist auch ein Erfahrungsaustausch geplant, und man ist bereits der Meinung, daß auch wichtige regionale deutsche Handwerkergruppen des deutschen Handwerks in den Erfahrungsaustausch eingeschlossen werden sollen.

Sehr viel weitgehender ist die Planung zur Gründung einer internationalen Gewerkschaftsorganisation. Zwischen einer Reihe westeuropäischer und nordamerikanischer Gewerkschaftsverbände finden zur Zeit Verhandlungen statt, die auf die Schaffung einer von kommunistischen Einflüssen freien internationalen Gewerkschaftsorganisation abzielen. Die Anregung ging von belgischem Ver-

binden aus. Der Gründungskongress wird deshalb, voraussichtlich im Frühjahr dieses Jahres, in Brüssel stattfinden. Es ist anzunehmen, daß die beiden größten USA-Gewerkschaftsorganisationen (die A. F. L. und die C. I. O.) mit ihren 15 Mill. Mitgliedern sich diesem „Weltgewerkschaftsbund“ anschließen werden, zumal da diese beiden Organisationen den Marshall-Plan völlig gebilligt haben. Gerade an der Billigung und der Nichtbilligung des Marshall-Planes scheinen sich die Geister zu scheiden, sowohl in England wie in Frankreich.

So offenbaren diese beiden internationalen Planungen eine starke innere Gemeinsamkeit, die wir nicht genug herausstellen können — sowohl aus allgemeinen ideologischen Gründen als auch speziell für uns Deutsche, weil hier sich ein Weg zeigt, auf dem Deutschland sich

Französische Zone

Im Anbachtal bei Neuwied wurde vor rund 90 Jahren erfolgreich nach Kupfererz und Schwefelkies geschürft. Im Hinblick auf die Notwendigkeit, neue Rohstoffquellen und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, sind Bestrebungen im Gange, die Anbauteile wieder aufzunehmen. Die Rentabilität steht außer Zweifel, wie eingehende Untersuchungen ergeben haben.

Die Firma „Velkan-Hausbrand“ M. G. Ramlow hat in Niederbieber die Fabrikation von Briquets aus Kohlenresten, Flugasche und Ruß aufgenommen. Diesem Gemisch werden nach einem besonderen Verfahren Halbschmelze, hrenbare und reine Bindemittel zugesetzt. Das Unternehmen ist in der Lage, täglich 30-40 Ztr. Briquets herzustellen. Eine Vergrößerung des Betriebes, insbesondere eine volle Mechanisierung ist vorgesehen.

Die Siemens-Glas AG. in Wierges (Westerwald) stellt bei voller Ausnutzung der Kapazität monatlich 1,8 Mill. Flaschen jeder Art, Konservengläser usw. her. Das Glas wird in Schmelzwanne bei 1400 Grad Celsius geschmolzen. Vollautomatische Blasmaschinen erzeugen täglich 25-30.000 Flaschen, die nach einem besonderen Verfahren gekühlt werden. Die Produktion leidet heute unter unbedingten Schwierigkeiten.

Im unteren Westerwald, dem „Kannenhäcker Land“, werden zurzeit in 150 Werken (Klein- und Großbetriebe) keramische Waren hergestellt. Stark gefragte sind demisch-tochemische Bedarfartikel, blau-grüne Gebrauchsgüter, Blumentöpfe, Tonröhren, Geschenk- und Gebrauchsartikel aller Art, Fußboden- und Mosaikplatten, Wäsend- und Kaminkacheln. Die Produkte sind hochwertiger Exportartikel.

Im Gebiet von Eifel, Hunsrück, Westerwald und Mittelrhein streben viele Gemeinden die Selbstverwaltung einer Spielwaren-Industrie an, um namentlich Ostfälischen, Kriegsbekleideten und alleinstehenden Frauen eine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Einige Betriebe haben bereits die Produktion begonnen. Hergestellt werden u. a. Holzhandkästen, Spielzeuge (Roller, Autos, Eisenbahnzüge), Windmühlen, Unterhaltungs- und Lehrscheiben. Die Nachfrage nach Spielzeugen ist laufend sehr groß, so daß der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden kann.

Englische Zone

Einer Anregung von belgischem Seite folgend, fanden in Köln Vorbesprechungen statt, die die Bildung einer deutsch-belgischen Handelskammer zum Gegenstand hatten. Eine stärkere wirtschaftliche Anlehnung des westdeutschen Wirtschaftsraumes an die Beneluxstaaten entspricht den Tendenzen der Vorkriegszeit.

Im Dezember 1947 wuchs die Braunkohlenförderung in der britischen Zone auf 4,92 Mill. t gegenüber 4,62 Mill. t im November. Die arbeitsmäßige Durchschnittsförderung stieg auf 196.709 (195.200) t. Die Braunkohlenbrücker-Erzeugung stellte sich auf 992.610 (945.155) t, die arbeitsmäßige Durchschnittsleistung auf 39.700 (39.200) Tonnen. — Im Jahre 1947 erreichte die Braunkohlegewinnung der britischen Zone 54.71 Mill. t gegen 47,84 Mill. t 1946. Damit hat die Braunkohlegewinnung das Friedensjahr 1936 bereits übertraffen. Auch die Braunkohlenbrückerherstellung nahm 1947 weiter auf 11.55 (10.53) Mill. t zu. — Im rheinischen Braunkohlenbergbau betrug im Dezember die Rohbraunkohlenförderung 4.410.000 t und die Brückerherstellung 910.779 t. Damit liegt die Dezemberleistung noch geringfügig über der des November, wenn auch die arbeitsmäßige Förderung leicht gesunken ist.

In Hamburg werden 80.000 t Steinkohle aus USA erwartet, nachdem

wieder an die Wirtschaft der Welt herausarbeiten kann, jedenfalls gefahrloser und politisch weniger belastet als auf den bisher gegangenen internationalen Wegen.

Automobilrivalität England-USA

Der Krieg hat zur Folge gehabt, daß die europäische Automobil-Erzeugung schwere Schäden erlitten hat, von denen sie sich bisher noch nicht erholen konnte. Während des Krieges hat jedoch auch die USA-Automobil-Erzeugung eine stark rückläufige Entwicklung durchgemacht und die Nachkriegserzeugung konnte 1946 die Ergebnisse des Jahres 1939 noch nicht wieder erreichen, wohl aber 1947, wie aus Angaben amtlicher amerikanischer Stellen und der Automobile Manufacturers Association hervorgeht. Dagegen zeigen die vom Dominion Bureau of Statistics in Ottawa für die kanadische Erzeugung und von der Society of Motor Manufac-

turers and Traders Ltd für die englische Erzeugung veröffentlichten Zahlen, daß die Automobil-Erzeugung in diesen beiden Ländern auch im Krieg eine Hochkonjunktur erlebt hat, die über das Kriegsende hinaus angehalten hat. 1946 wurden sowohl in England als auch in Kanada mehr Automobile erzeugt als im Jahre 1939. Im einzelnen werden folgende Angaben gemacht (in 1000 Wagen):

	USA	Kanada	England
1939	3.277	653	361
1940	4.469	223	134
1941	4.839	270	143
1942	1.024	228	141
1943	476	178	149
1944	761	158	133
1945	722	123	139
1946	3.115	172	343

Im Jahre 1947 hat die USA-Automobilindustrie aber wieder bedeutend aufgeholt. Im März lief die Produktion auf einer Jahresrate von 4,3 Mill. Wagen. Die Erzeugung in England und Kanada, wenn auch mengenmäßig geringer, hat sich 1947 jedoch weiter erholt. In Ka-

nada wurden im April 22.404 Wagen oder auf das Jahr gerechnet rund 228.000 Wagen und in England 36.550 Wagen, das sind rund 372.000 Wagen im Jahr, erzeugt. Die höchste Vorkriegserzeugung in England mit 493.256 Wagen im Jahre 1937 konnte jedoch noch nicht wieder erreicht werden. Die französische Erzeugung blieb mit 8.645 Wagen im April gegen den Monatsdurchschnitt 1946 zurück, lag aber in den ersten Monaten 1947 mit über 11.000 Wagen höher.

Zwangslösung?

Im Detroiter Wirtschaftsklub erklärte der britische Botschafter in den USA, Lord Ivershop, 80 % der englischen Industrie würden nach Durchführung des Nationalisierungsprogramms in privater Hand bleiben. Er wies darauf hin, daß trotz der Verstaatlichung der Banken sich kaum ein Unterschied zu dem amerikanischen Bankensystem ergäbe und daß die Nationalisierung der Eisenbahnen in vielen Staaten schon längst durchgeführt sei. Von Interesse dürfte aber die Erklärung Lord Ivershops sein, der Grund der Nationalisierung des Kohlenbergbaus sei in der Tatsache zu sehen, daß die Kosten einer Modernisierung bzw. Rationalisierung der Anlagen und Einrichtungen für die privaten Unternehmer zu hoch seien. — Damit wird diese Maßnahme zu einem Akt staatlicher Selbsthilfe gestempelt. Die Begründung wäre einleuchtend, wenn zuvor ein Versuch der freien Unternehmung, aus eigenen Mitteln die Reform durchzuführen, unternommen worden und gescheitert wäre. Doch zu solchen Experimenten fehlt heute wohl weniger das Geld als die Zeit. Der Krieg ist durch eine in diesem Umfang nie dagewesene Krise abgelöst worden, so daß im Wirtschaftsleben außerordentliche Wege beschritten werden müssen, um in einem langwierigen und schwierigen Verfahren teils eine Angleichung an die gegebenen Verhältnisse, teils eine Genösung der heutigen Situation im traditionsgemäßen Sinne herbeizuführen.

Im Zuge der Wirtschaftlenkung ist die Kontrolle des Kohlenbergbaus, der ja gerade in England eine gewichtige Schlüsselstellung einnimmt, nicht zu umgehen. Die Vereinigten Staaten haben bereits ein Jahr nach Beendigung der Feindseligkeiten alle wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen aufgehoben. Schon zeigt es sich, daß diese schnelle Rückkehr zum Prinzip des „freien“ Marktes verfehlt war. So müssen heute Antinflationsgesetze angeordnet werden, um der allgemeinen Teuerung Einhalt zu gebieten, eine Folge des Warenmangels in aller Welt. Die Steigerung der Produktion ist überall das Gebot der Stunde. Ein plötzlicher und leuchtender Einfluß des Staates mag von den Anhängern der Doktrin des „freien“ Marktes mißbilligt werden. Es hat sich aber zur Genüge erwiesen, daß eine übergeordnete Kontrolle nicht zu umgehen und die staatliche Wirtschaftlenkung in Europa wenigstens, ein notwendiges Übel ist. Andererseits dürfte man sich in England sowie in USA der Tatsache bewußt sein, daß die private Initiative im Wirtschaftsleben sich hier wie dort unter normalen Verhältnissen bewährt hat. Das geht auch aus den Detroiter Ausführungen Lord Ivershops hervor, der sowohl Wirtschaftskontrolle als Nationalisierungen nur dort in Anwendung gebracht werden will, wo dies im Interesse einer schnellen Genösung der Volkswirtschaft geboten erscheint.

Aus den deutschen Zonen

Französische Zone

In diesen Tagen bereits rund 18.000 t eingetroffen sind. Sie waren für die Hamburger Elektrizitätswerke und für die Hamburger Gaswerke bestimmt.

Der Erzebedarf für die vorgesehene Gesamtproduktion von 4,8 Mill. t Rohstahl im Jahre 1948 kann nur etwa zur Hälfte in Deutschland selbst gedeckt werden. Es werden benötigt 49% Inlandserz und 36% Schwedenerz, ferner 5% Zuschlagstoffe und 10% Schrotte. Die Bemühungen um die Schwedenerzimporte sind im Gange, aber über die Lieferungen besteht noch Unklarheit. Falls sie ausbleiben, würde das einen erheblichen Schnitt der Rohstahlproduktion bedeuten, die höchstens 3,5 Mill. t in 1948 erreichen dürfte. Im Jahre 1947 betrug die Rohstahlerzeugung in der Doppelsonne 2,95 Mill. t (i. V. 2,48 Mill. t).

AEG-Betriebe in Oldenburg. Unter dieser Überschrift war in Nr. 61 unseres Blattes eine Meldung wiedergegeben worden, die von der Absicht sprach, die beiden im Aufbau begriffenen Oldenburger Werke der AEG. nach Auflösung des Berliner AEG-Konzerns mit einer Belegschaft von etwa 1500 Personen zum künftig größten AEG-Betrieb zu entwickeln. Hierzu wird uns von der Berliner Direktion der „Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft“ mitgeteilt, daß die AEG. nach wie vor als eines der bedeutendsten Unternehmen der Elektroindustrie in Deutschland fortbesteht, wie früher Fabriken, kleine Fertigungsstätten und Büros in Berlin und an anderen Orten Nord-, West- und Süddeutschlands unterhalte und ihren Rechts- und Schwerpunkt sowohl in technischer Fabrikatorische als auch in kaufmännisch-verwaltungsmäßiger Hinsicht nach wie vor in Berlin habe. Die Behauptung, daß die Oldenburger Werke mit einer Belegschaft von 1500 Personen zum größten AEG-Betrieb entwickelt werden sollen, entspreche schon im Hinblick auf die bereits vorhandenen Fabriken dieser Größenordnung nicht den Tatsachen.

Amerikanische Zone

Wie das Messe- und Ausstellungs-Kontor, St. Frankfurt a. M., bekanntgibt, hat die amerikanische Militärregierung in Wiesbaden die Zustimmung erteilt, daß hessische Unternehmungen unter Inanspruchnahme des Devisenbonus sich als Aussteller an Auslandsmessen beteiligen dürfen. Die amerikanischen Militärregierungen in den übrigen Ländern der USA-Zone dürften sich dieser Bewilligung anschließen.

Durch einen Beschluß des Zweimächtwirtschaftsausschusses ist die durch einen Direktorenantrag des Länderrats erbetene Genehmigung zum Austausch von Büchern und zu Verhandlungen mit den zuständigen Schweizer Stellen erteilt worden. Die JEIA wurde davon unterrichtet, daß der Austausch von Büchern und Urheberrechten zwischen Deutschland, der Schweiz und anderen Ländern genehmigt worden sei.

Für die Fortsetzung von Einfuhrpreisen auf Reichsmarkbasis bei gewerblichen Gütern ist durch die Anordnung P. R. Nr. 45/47 der Verwaltung für Wirtschaft eine Regelung getroffen worden. Der VVW. obliegt die Festsetzung nur, wenn der einzuführende Warenposten einen geschätzten Wert von 20.000 RM. übersteigt oder die Einfuhrgüter eine über den Landesbereich hinausgehende wirtschaftliche Bedeutung haben. In allen übrigen Fällen sind die Preisbildungsstellen der Länder zuständig.

Die Zuteilung von ehemalsigen Rüstungsgütern erfolgt in Bayern jetzt nach neuen vom Wirtschaftsministerium festgelegten Richtlinien ohne Antrag durch die bayerischen Landesstellen. Bisher wurden solche Güter auf Grund von Einzelanträgen verteilt. Im einzelnen werden die dazu geeigneten Güter den entsprechenden

Ost-Zone

Über den Ostzonenhaushalt liegen zur sehr unzusammenhängenden Angaben vor. Die Gesamtansgaben betragen 8,3 Mrd. RM., aber nur 3,1 Mrd. RM. entfallen auf die ordentlichen Ausgaben der Länder. Der Rest sind „Überweisungen an die Zentralverwaltung für Finanzen“. Den Hauptanteil muß Sachsen mit 1,65 Mrd. aufbringen, es folgt Sachsen-Anhalt mit 1,2, Thüringen mit 1,0, Brandenburg mit 0,9 und Mecklenburg mit 450 Mill. Nach einer offiziellen Erklärung dienen die 5,2 Mrd. RM. „zur Deckung der Ausgaben für die deutsche Zonenverwaltung, für den Unterhalt der Besatzungstruppen, für Reparationsleistungen und für die Durchführung sonstiger allgemeiner Maßnahmen der Zone“. Da die Kosten der Zentralverwaltung nur auf wenige hundert Millionen kommen werden, bleiben nahezu 5 Mrd. für Besatzungskosten, Reparationen u. s. Dazu kommen aber noch die Einnahmen der Militärverwaltung aus der Ausgabe von Besatzungsposten, die auf mehrere Milliarden geschätzt werden. Man beziffert die Besatzungskosten auf 2 Mrd. und die Ausgaben der laufenden Reparationen mit 1,7 Mrd. RM. Der Rest von 1,5 Mrd. RM. wird zur „Minderung des Kaufkraftüberhangs einbehalten“. Das gesamte Sozialprodukt der Ostzone beträgt jährlich nur 13 Mrd. RM. Die Aufbringung der 5 Mrd. RM. für Reparationen, Besatzungskosten usw. erscheint auf die Dauer untragbar und war bisher auch nur durch Sondermaßnahmen möglich.

Die Pfänner-Glaskütte in Seutenberg in der Lausitz, die schwere Kriegsschäden erlitten hatte, hat den Wiederaufbau ihres Werkes beendet und die Produktion von Glasflaschen neu aufgenommen. Vor dem Krieg stellte das Werk 6 Mill. Flaschen jährlich her.

Die Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg, die im Krieg fast vollkommen zerstört wurde, hat wieder aufgebaut und stellt Einzelteile für Holzbearbeitungsmaschinen sowie für Kraftfahrzeuge her. Der Betrieb beschäftigt ausschließlich 237 Leute und ist im Wiederaufbau begriffen.

Deutsche Gewerkschaften zum Walfangverbot

Im Anschluß an die sehr interessante Denkschrift des von den Industrie- und Handelskammern der deutschen Seestädte (Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Kiel, Emden und Lübeck) gebildeten Arbeitsschusses für den Walfang, haben jetzt die Hamburger Gewerkschaften zu diesem aktuellen Problem Stellung („Deutscher Walfang“). — Die Meinung der Hamburger Gewerkschaften, herausgegeben vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Ostseeschiff Hamburg, im Verlag „Freie Gewerkschaft GmbH“, Hamburg, in dieser umfassenden Broschüre, die sich u. a. mit dem deutschen Walfang früherer Epochen, der Entstehung der modernen deutschen Walfangflotte und der Produktion von 1926 bis 1939 befaßt, erläutert Dr. C. O. Hillmer die Meinung der Hamburger Gewerkschaften zur Verbesserung der deutschen Fetterzeugung. So schlagen die Hamburger Gewerkschaften vor, den Walfang von der Anordnung Nr. 37 des Kontrollrates vom 26. September 1946 auszunehmen. Sie bitten, zu diesem Zweck den Neulbau von Walfangmutter-schiffen und Fangdampfern zu erlauben bzw. den Ankauf von vom Umbau in Walfangmutter-schiffe geeigneten Hochseeschiffen zu gestatten. Dr. C. O. Hillmer betont in seiner Schrift, daß die von der deutschen Walfangflotte vor dem Kriege eingeschleppte Ölmenge der jetzigen Normalverbraucherernte entsprechen würde!

Wirtschaftsrat vor neuen Aufgaben

Unter dieser Überschrift auf S. 4 der Ausgabe B vom 18. d. M. veröffentlichte Bericht enthält Grundgedanken, die als solche zum Teil ohne weiteres zu erkennen sind, aber unberichtigt bleiben dürfen. Stillschweigend und daher zu berücksichtigen sind insbesondere im zweiten Absatz folgende Überlegungen: „Der Wirtschaftsrat ist ein Organ der Wirtschaft, das die Interessen der Wirtschaft gegenüber dem Staat vertritt.“

NEU ERSCHEINEN!
TAT-Briefe für den Chef

Neue Ideen, positive Anregungen, wertvolle Erfahrungen, lebendige Praxis in einer Vielzahl, wie man sie nirgendwo findet. Lassen Sie dieses aktuelle, wirkliche, lebendige Sprachrohr für die Prinzipalgewinnchen und alle zum Erfolg notwendigen Tatsachen. 3 Probeausgaben: Oktober-Dezember 1947 für RM. 15.— durch TAT-Redaktion, Leonen-Str. 10, Postfach 10, München 1948.

Altschuldregelung bei landeseigenen Betrieben

Bei dem durch Volksentscheid (im Bundesland Sachsen) oder durch Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht (in allen anderen Ländern und Provinzen der Ostzone) in das Eigentum der Länder oder Provinzen überführten Betrieben und Firmen von Kriegsverbrechern oder Nazi-Aktivisten bildet der Komplex der vor der Übernahme in das Landeseigentum vorhandenen Schulden (sogenannte Altschulden) einen Gegenstand ausgedehnter wichtiger Erörterungen.

Unter dem Begriff Altschulden fallen alle Verbindlichkeiten wie sämtliche Geldansprüche, sämtliche Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen, z. B. Kauf-, Miet-, Pacht-, Darlehens-, Dienst- u. Arbeitsverträge, Werkverträge, Gesellschaften (o. H. G., stille Gesellschaft, A. G., Unternehmungskartell), Schuldversprechen und Schuldscheine, sowie sämtliche dinglich gesicherten Ansprüche.

Der § 15 der Durchführungsverordnung des Gesetzes über die Organisation der landeseigenen Betriebe vom 18. 10. 1946 im Land Thüringen hat beispielsweise folgenden Wortlaut: „1. Die vor dem Zeitpunkt der Überführung der Betriebe und Unternehmen in das Eigentum des Bundeslandes Thüringen gegen den bisherigen Betrieb oder das ehemalige Unternehmen und deren Inhaber begründeten und entstandenen Verbindlichkeiten werden infolge der entscheidungslosen Enteignung von dem landeseigenen Betrieb nicht übernommen. 2. Der Präsident des Landes Thüringen kann in Ausnahmefällen die Übernahme von Verbindlichkeiten aus Billigkeitsgründen zulassen.“

Im Bundesland Sachsen, in der Mark Brandenburg und in der Provinz Sachsen-Anhalt werden auf Grund fast gleicher Gesetze von den Staatsbetrieben die Schulden aus der Zeit vor dem 8.5. 1945 nicht beglichen.

In Thüringen wird der 18. 7. 1946 als allgemeiner Übernahmezeitpunkt der landeseigenen Betriebe angenommen. Zwei spätere Termine gelten nur in einigen Sonderfällen. Die Altschulden betragen ungefähr folgende Summen (in Millionen):

Bundesland Sachsen bei ca. 1150 Betrieben	Bank-Verbindl.	Verbindl.
Land Thüringen bei ca. 390 Betrieben	22	1
Provinz Sachsen-Anhalt bei ca. 540 Betrieben	18	14
Land Brandenburg bei ca. 90 Betrieben	3	1,5
Land Mecklenburg bei ca. 120 Betrieben	4	1,5

Keine Rechtsnachfolger

Die ländermäßigen Hauptverwaltungen der landeseigenen Betriebe argumentieren in Kommentaren zu diesem Gesetzesschnitt übereinstimmend, daß die neuen Betriebe begrifflich keine Rechtsnachfolger der alten Firmen seien, da

regulärer Besitzerwerb das Einverständnis des Vorbesizers voraussetzt. Hier erfolgte aber der Besitzübergang auf militärischen Befehl der Besatzungsmacht und durch Staatsakt entgegen dem Willen des Vorbesizers. Darüber hinaus stehen die politischen Gegebenheiten der Annahme einer Rechtsnachfolge entgegen. Die Vorbesitzer sind wegen politischer Ungeeignetheit als Rechtsträger ausgeschlossen und als solche untergegangen. Die neuen Betriebe sind somit originär nur als Aktivum von den Ländern erworben worden. Ferner hat das Deutsche Reich 1945 aufgehört zu bestehen; ein etwaiger neuer Bundesstaat ist als Neugründung anzusehen und mit dem Altreich nicht identisch.

Aus diesen staatsrechtlichen Erwägungen heraus und aus finanziellen Notwendigkeiten ist es ausgeschlossen, daß der neue deutsche Staat die Verpflichtungen des früheren einlöst. Bildlich gesagt, ist gleichsam die Bahn, auf der im gewöhnlichen Rechtsleben die Verpflichtungen bei einem Wechsel des Betriebsinhabers aus dem Pflichtkreis des früheren in den des neuen Besitzers hinübergleiten, durch den Befehl der Besatzungsmacht unterbrochen, so daß die Verpflichtungen nicht hinübergleiten können. Der grundlegende Übergangsbefehl ergänzt sich noch durch den Sequestrierungsbefehl, die beide das neue „lex specialis“ bilden. Ein analoger Fall ist die östliche Bodenreform, bei welcher alle auf den enteigneten Landflächen ruhenden Verpflichtungen wie Hypotheken usw. untergegangen sind. (Gemäß Befehl Nr. 66 der SMAD vom 9.3.1946.) Nach neuen Bestimmungen sind Alt-Bankschulden von landeseigenen Betrieben gegenüber folgenden geschlossenen Instituten unter gewissen Voraussetzungen zu erfüllen: Länder-Staatsbanken, Deutsche Hypothekbank, Landeshypothekbanken, Deutsche Industriebank, Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Mitteldutsche Landesbank, alle Sparkassen, alle Genossenschaftsbanken. Bei landeseigenen Betrieben, die früher sowjetische A.-G.s waren, sind Altfordorderungen der Liquidationskommission des ehemaligen sowjetischen Betriebes zu erfüllen und von dort je nach Möglichkeit anzuzugleichen.

Erfolgreiche Ersatzansprüche

Ersatzansprüche an die früheren Inhaber der enteigneten Unternehmen dürften keinen Erfolg haben, da die Wegnahme einschließlich des Privatvermögens ohne jegliche Entschädigung vor sich ging. Die in der Durchführungsverordnung vorgesehene Ausnahmebegünstigung des Landespräsidenten wird nur in den seltensten Fällen erteilt, bei denen besondere soziale Härte oder die Drohung von Gläubigern, für die lande-

eigenen Betriebe unbedingt notwendige Lieferungen zukünftig einzustellen, die hauptsächlichsten Gründe sind. Anträge dieser Art gehen über die Hauptverwaltungen und die Hauptabteilung der landeseigenen Betriebe beim Wirtschaftsministerium des betreffenden Landes an den Ministerpräsidenten, der seinen Entscheid nach den vorliegenden Befürwortungen bzw. Ablehnungen richtet. Es ist zu bemerken, daß alle betrieblichen Wohlfahrtsvereine der landeseigenen Betriebe wie Unterstützungsvereine, Sozialkassen und ähnliche Hilfsfonds ebenfalls der totalen Beschlagnahme durch das Land unterliegen, in diesem Falle also die Arbeiter und Angestellten der Betriebe ihre Einlagen verlieren. Als Grund hierfür wurde angegeben, daß diese in die Rechtsform eines Vereins gekleideten Unterstützungsvereine von den früheren Betriebsinhabern lediglich aus egoistischen Gründen der Steuerersparnis und des guten Einkommens bei der DAF gebildet wurden. Von dieser Auffassung abweichende Richtlinien der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in Berlin werden von den Ministerien nicht befolgt mit der Begründung, daß nur die Landes- und Provinzialverwaltungen Gesetzgebungsbefugnis von der SMAD zugesprochen erhielten, dies aber nicht den Zentralverwaltungen zuerkannt wurde.

Erwungene Anerkennung

Bemerkt soll noch werden, daß eine Anzahl insolvent auftretender Firmen aus

den Westzonen mit der Drohung, Lieferwerke der landeseigenen Betriebe der Westzonen zum Abbruch der Beziehungen zu bewegen, die Anerkennung und den Ausgleich ihrer Altfordorderungen erhielten. Die Gerichte der Westzonen haben bisher übereinstimmend die Argumentation über das Altschuldenproblem sowie überhaupt die heutige Besizform der östlichen landeseigenen Betriebe abgelehnt, da sie die angesprochenen Rechtsgrundlagen dieser Veränderungen nicht anerkennen. Justizinstitutionen von Sachsen-Anhalt und Thüringen, die Ende 1946 landeseigene Betriebe in Prozessführungen zur Zahlung ihrer Altverpflichtungen verurteilten, mußten Anfang 1947 auf Grund einer Verfügung ihrer Landesregierungen ihre damaligen Beschlüsse aufheben. Die bei einem größeren Streitfall zum Gutachten herangezogene Rechtsabteilung der britischen Kontrollkommission stellte sich auf den Standpunkt, daß Beschlagnahmen und Enteignungen in der Zuständigkeit jedes Zonenbefehlshabers lägen und es nicht den Interessen der britischen Militärregierung entsprechen würde, gegen derartige Maßnahmen in anderen Zonen zu intervenieren. Auf Grund des sich steigernden politischen Tempos im Osten kann abschließend gesagt werden, daß bei einer Beibehaltung der heutigen Wirtschaftsauffassung eine Lockerung der Zahlungsverpflichtung an Gläubiger der Staatsbetriebe nicht denkbar ist. In Anbetracht dessen, daß auch weiterhin bisherige Privatunternehmen zu landeseigenen Betrieben gemacht werden, ist es sehr angebracht, die Sachlage mit Aufmerksamkeit zu betrachten.

1947 nur 205 000 Fischdampferanlandungen

Deutschlands Hochseefischerei auf dem Stand von 1929

Die Anlandungsziffern der deutschen Fischdampferflotte für 1947 sind ein überzeugender Beweis der unermüdlichen Anstrengungen, die unsere Hochseefischerei in der Jagd nach dem schwimmenden Fleisch und damit nach dem wichtigsten Eiweiß aus dem Meer auch in den vergangenen zwölf Monaten unternommen hat. Oftmals blieben aber diese Anstrengungen ohne Erfolg, so, wenn die Fischdampfer unzulänglich im Hafen liegen mußten, weil z. B. Bunkerkohle oder Eis fehlten. Oft kam es vor, daß Fischdampfer aufliegen mußten, weil notwendige Ersatzteile für die meist schon überalterten Dampfer nicht rechtzeitig beschafft werden konnten.

Trotzdem aber darf die deutsche Fischdampferflotte mit einem gewissen Stolz auf das Jahr 1947 zurückblicken! Im Jahr 1946, dem ersten normalen Fangjahr nach der Kapitulation hatte sie nur rund 31 v. H. der Anlandungen von 1938 einbringen können. Dieses Verhältnis steigerte sich 1947 immerhin schon auf 38 v. H. War dieser Erfolg, der auf die unermüdliche Arbeit der Fischdampferbesatzungen und der Reparaturwerften zurückzuführen ist, auch bescheiden, so kann über das ohne Zweifel erscheidende Absinken der Anlandungen gegenüber dem letzten Friedensjahr auch nicht hinwegtäuschen. Auch das Jahr 1948 dürfte darin keine grundsätzliche Besserung bringen; denn sind viele neue Fischdampfer notwendig. Die ersten Dampfer der Neubauserie, deren Kiel kühnlich auf Werften in Hamburg, Bremerhaven, Flensburg und Lübeck gestreckt wurden, können aber im günstigsten Falle ihre Jungfernfahrt erst im Frühjahr 1949 antreten. Im Jahre 1938 hatte Deutschland 375 Fischdampfer. Im vergangenen Jahre brachte man es durch großzügige Rückgaben der Besatzungsmächte aus dem Bestand der ehemaligen deutschen Fischereiflotte, Umbauten und Reparaturen auf ganze 175 Dampfer! Einige Dampfer sind noch zum Minserräumen eingesetzt, zehn weitere befinden sich im Ausland. Es ist nicht bekannt, ob man mit ihrer Rückkehr rechnen kann.

Das Schwergewicht der deutschen Hochseefischerei liegt nun einmal bei den Fischdampfern. Und darum sind ihre Anlandungsziffern stets ein anschauliches Bild ihrer Lage. In den bisherigen drei deutschen Hochseefischmärkten (ab 1948 kommt noch Kiel hinzu) ergibt sich für das Jahr 1947 nachstehendes Bild der Dampferanlandungen:

	Anlandungen in 1000 kg:		
	1947	1946	1938
Bremerhaven	86 247	77 636	375 000
Cuxhaven	68 099	36 644	133 600
Hamburg-Altona	50 525	47 588	142 200
Gesamt	205 871	171 239	650 800
	(38 %)	(31 %)	(100 %)

Diese Gesamtanlandungen der deutschen Fischdampferflotte werden sich durch die Ergebnisse der Heringslogger, der Hochsee-Fischkutter und der recht aktiven Küstenfischerei noch etwas verbessern, ohne jedoch das Verhältnis grundlegend zu ändern. Besonders günstig dürften die Anlandungen der Hochseekutter der Fischereihafen Kiel liegen, die z. B. das Sechsfache ihrer Anlandungen des Jahres 1946 durch den fast unerträglich hohen Durchschnitt der Ostsee einbringen konnten. Aber die Vergleiche mit 1938 zeigen doch mit brutaler Offenheit, daß Deutschland auf dem Gebiet seiner Hochseefischerei zum Stand der Jahre 1929 bis 1930 zurückgeworfen wurde. Allein um das Ergebnis des letzten Friedensjahres zu erzielen

müßte es Deutschland gestattet werden, bis zum Jahre 1951 200 Fischdampfer zu je 400 BRT, 100 Heringslogger zu 200 BRT, und 120 Hochseefischkutter zu 70 BRT, zu bauen. Bisher sind jedoch lediglich 100 Neubauten genehmigt, davon dürfen 34 400 BRT, haben, während 66 Dampfer nur 350 BRT betragen sollen. Über die Anlandungen der Hochseefischerei im Bereich der sowjetischen Besatzungszone liegen noch keine genauen Angaben vor. Sie wird dort lediglich mit Kuttern betrieben. Ihr wurde ein Ablieferungsoll von 18 000 für 1947 auferlegt. Die Vorkriegsanlandungen dieses Gebietes beliefen sich etwa auf 10 bis 12 000 Tonnen. Da im vergangenen Jahr die erwarteten Heringschwärme in der Ostsee ausblieben, dürfte das festgesetzte Soll nur zu etwa 80 v. H. erfüllt worden sein. Im Augenblick bemüht man sich in der Ostzone sehr darum, die Hochsee-Fischkutter wieder mit den erforderlichen nautischen Geräten auszurüsten, die aus den Westzonen geliefert werden.

Kiel

Deutschlands vierter Hochseefischmarkt

Die Umbauarbeiten für die Ausgestaltung des Fischereihafens Kiel zum größten Fischereihafen der Ostseeküste gehen erfreulich schnell vorwärts. Auf der ehemaligen Kolbe-Werft hat der Hochseefischmarkt Kiel — neben Hamburg-Altona, Bremerhaven und Cuxhaven jetzt Deutschlands vierter Hochseefischmarkt — ein gut geeignetes Gelände erhalten, auf dem unbeschädigte und moderate Kaimauern und in unmittelbarer Nähe eines 6000 qm große Markthalle zur Verfügung stehen. Die Gleis- und Strassenanlagen sind ebenfalls in gutem Zustand. Praktisch ist bis auf den zugehörigen Anbau eines Eiswerkes, für das ein geeignetes Gelände aber ebenfalls auf dem Gelände steht, alles vorhanden. Der Bau des Eiswerkes wäre jedoch auf jeden Fall notwendig geworden, da das vorhandene Eiswerk des Kieler Fischmarktes den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht.

Hauptträger für den Aufbau des Kieler Hochseefischmarktes ist die „Hochseefischmarkt GmbH“, die über ein Kapital von 250 000 RM verfügt, von dem die Stadt Kiel 130 000 und das Land Schleswig-Holstein 120 000 RM übernommen. Von den 12 Dampfern, die Kiel zugesprochen wurden, werden neun Dampfer von der „Hochseefischerei KG.“ bereedert, während drei Dampfer der gemeinwirtschaftlichen Hochseefischergesellschaft zur Verfügung gestellt wurden. Aber auch diese Gesellschaft wird einige ihrer Fischdampfer in Kiel ausrüsten und anlanden lassen. Sie verfügt über ein Kapital von 5 Mill. RM, wovon die Länder der britischen Zone u. a. mit je 450 000 RM beteiligt sind. Bereits ab Mai werden die Kieler Fischkutter ihre Fänge im neuen Fischereihafen anlanden können, der dann bald durch die Anlandungen der zwölf Fischdampfer bereichert werden wird.

Die rückliegende Fangaison der Kieler Hochsee-Fischkutter hat ungewöhnlich hohe Ergebnisse gebracht. Von April bis September 1946 wurden in Kiel insgesamt 728 000 kg Fische angelandet. Diese Zahl stieg im gleichen Zeitraum dieses Jahres auf 4 Mill. kg. Die Fischkutter der Ostsee haben etwa das vierfache Fangergebnis im Verhältnis zur Nordsee erreicht. Diese Tatsache dürfte auch die Ursache sein, warum eine große Anzahl von Hochsee-Fischkutter der Nordseeplage seit längerer Zeit von Kiel aus auf Fangreise geht.

Stellen-Anzeiger

Wissenschaftlich gestellter Betriebsleiter von angesehener Seifenfabrik gesucht, Praktische Erfahrungen in rationeller Herstellung, v. Seifen und Waschmitteln aller Art, Beherrschung der Arbeitsmaschinen und -verfahren, Verständnis für weite Betriebsentwicklung sind erforderlich. Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf (handschriftlich), Angabe der Gehaltsansprüche und Angabe von Referenzen erbeten unter Nr. F 231 an die Wirtschaftsprav. Konstanz.

Einleiter für Textilmaschinen (Rundwirk-, Inlekt- und Kettenspiele), Spezialabmessungen in Frankreich, Schweiz, England und USA, geschult, Angebote unter Nr. 2348, dortland, Berlin W 15, Schützenstraße 41.

Sehr guter Mathematiker mit Universitätsdiplom, für wissenschaftl. Arbeiten dringend gesucht. Angebote erbeten unter M 2294 an Annoncen-FORSTER, Düsseldorf, Postfach.

Dipl.-Handelslehrer-Stellen (Handelw. u. gewerblich), Fachlehrer-Stellen (Stenografie und Maschin-Schreib.) sind ab sofort zu besetzen. Gehaltsregelung nach RBO. Bewerbungen mit Zeugnisabschrift, pol. Fragebogen (Sicherheitsbescheid) und neuem Lichtbild erb. unter Nr. F 474 an die Wirtschaftsprav. Konstanz.

Seifenfabrik sucht Betriebsleiter, der wissenschaftl. über prakt. Erfahrungen in rationeller Herstellung von Seifen und Waschmitteln aller Art verfügt, Beherrschung der Arbeitsmaschinen und -verfahren, Verständnis für weite Betriebsentwicklung sind erforderlich. Bewerbung mit Lichtbild, Gedächtnisaufzeichnung des Lebenslauf (handschriftlich), Angabe der Gehaltsansprüche u. Angabe von Referenzen erbeten unter Nr. F 474 an die Wirtschaftsprav. Konstanz, Weinstraße 4 beim Rathaus.

Personalführer der Industrie sucht Verdingl. in Spezialität erteilt. Vertragsverp. als Verdingl. oder evtl. Bevollmächtigter ausl. Concurs z. Wiederaufb. d. deutsch. Interessen. Inverantw. kann fast ganz Europa, hat in d. USA gelebt, besitzt engl. Sprachkenntn., Fleng., Schwed., russ., auf Verh. u. Mensch. posit., abgesehen d. energ. Charakter v. abgesehen d. Unangenehm., unabh. Urteil u. comm. Verh. bld., betont organis. vers. u. techn. orientiert. Franz. u. engl. Sprech. Anzeig.-Exp. Wilhelm Wilkens, Hamburg 7, Zifferl. W 3348.

Kaufmann, Steuer- und Bilanzfachmann, im Umgang mit Behörden, sicheres Auftreten, besonder. gewandter Verhandler, versierte Kraft mit überdurchschnittl. Kenntnissen, sucht neuen Wirkungsbereich. Pol. unbelastet (kein PD). Angebote unter Nr. 431 durch Annoncen-Expeditoren „SAT UND TAT“, München 15, Schützenstraße 4.

Chemiker, Olfaktorik, langj. Betriebsleiter in Viskose-Kunststoffbetriebe und Tyrosin-Fabrikation, suchte gesch. Wirkungsbereich. Referenzen stehen zur Verfügung. Angebote unter Nr. 43 an Südwest. Ann.-Exp. Schwabenstraße 4, K.

Hilfskräfte Abteilungsleiter mit guter Allgemeinbildung, guten engl. Sprachkenntn., Fleng., Schwed., russ., auf Verh. u. Mensch. posit., abgesehen d. energ. Charakter v. abgesehen d. Unangenehm., unabh. Urteil u. comm. Verh. bld., betont organis. vers. u. techn. orientiert. Franz. u. engl. Sprech. Anzeig.-Exp. Wilhelm Wilkens, Hamburg 7, Zifferl. W 3348.

International patentfähige Erfindungen, in Frage kommen möglichst für Massenvertrieb geeignete erfindungsmäßige Neuerungen — auf Wunsch unter Befreiung des Erfinders — auch Lizenzverwertung — von ausländischen Erfindern in der Ostzone. Patentrecht in allen Kulturstaaten wird gewährleistet. Ferner stehen wir im Auftrag eine moderne, komplette Brauereianlage und Schokoladenfabrik für Mittelamerika, Karl Haasig & Söhne, Spezialmaschinenbau, (Dtl.) Hamburg 20, Wulfsbüttelstraße 14.

Dr. med. 30 Jahre, aus alt/norm. Bayer. Ind. u. Familie, seit 4 Jahren teilw. infirm, heißt organis. tätig, unbesch. amerik. Lizenz, vom Gesetz nicht betroffen, sucht Verbindung od. Mitarbeit bei vielfält. Verwendungen in Industrie, Wirtschaft od. Verlag. Besondere wirtsch. u. techn. Kenntnisse, v. a. in Textilwesen, Klinik od. dergl. Angebote unter A 457 an die Wirtschaftsprav. Konstanz.

Kleine Mastverordnungen nach dem Ausland, relativ am billigsten auf dem Luftweg. Auslieferungen nimmt vor: Edmonds & Co., Spezial-Bau, Frankfurt a. M.

Beteiligung an Elektro-Rundfunk-Großhandlung in Belg. od. amerik. Zone nach Friedenszeit. Interessentenverhandlung mit gleichem Organisationsgrad. Patentrecht in allen Kulturstaaten wird gewährleistet. Ferner stehen wir im Auftrag eine moderne, komplette Brauereianlage und Schokoladenfabrik für Mittelamerika, Karl Haasig & Söhne, Spezialmaschinenbau, (Dtl.) Hamburg 20, Wulfsbüttelstraße 14.

Textilfabrik-Großhandel erbeten. Angebote in Textil-, Mode- und Kurzwasser für Island und später auch Export von ein Dauerbeziehung interessierten Fabrikanten Otto A. Schaumann, G.m.b.H., Hamburg 4, Gertrudenstraße 15. Telegramm-Adresse: OASE, Hamburg.

Abschlag Stadt- und Gemeindefunktionen und Bürgermeister. We kann sich Photograph mit vollständiger Einrichtung und dazu gehörigen Material als selbständiger Handwerker niederlassen. Zuschriften erbeten an Bruno Bross (24) Eberstraße, Koblenzstraße 33 E.

Übersee-Adressen, 100 Stück RM 15.— (Vorkasse). Postfachkonkurrenz Nr. 12 044 Stuttgart. H. Büchse, (144) Hochdorf (St. Villingen, Bad). Wünsche bitte angeben. Anfragen umgehend erbeten.

Kinotheater sucht tätige Beteiligung an Licht-, Spieltheater, Möglichst Theater bei dem in kürzest möglicher Zeit mit zweiter Maschinenanlage vergrößert, bezw. Zweigstelle in der Ostzone. Kleinere, größere Landwirtschaftl. etc. — min. 100 000.— RM stehen zur sofortigen Verfügung. Zuschriften unter Nr. 11394 bei Annoncen-Expeditoren Carl Gebler G.m.b.H., Hamburg, Königstraße 31.

Willy Heize, Handelsl. Wuppertaler, Enderliche Wappensteinfabrik. In Industrie, Handel, Gewerbe und Familien-Stammhirn, Deutung von Wappen, Hamburg 4, Plohnstraße 77. Bei Anfragen Rückporto erbeten.

Wer verpachtet eine kleine Landwirtsch. od. Land von 10 bis 20 Morgen für Gartenbau und Senzucht, Angebote unter N 440 an die Wirtschaftsprav. Konstanz.

Erweiterungen von Fachbibliothek und Fachliche über Fache und Entstellungen auf diesen Gebieten durch Spezialisten (seit 1927 tätig). Dipl. Ing. Rudolf, München 13 (64).

Lebensversicherung von nicht allzu großen Gegenständen übernehmend Oermsheimer Emilienwerk Joh. Val. Kiss, Oermsheimer Eisen.

Wuppertaler Textilfabrikate (Bänder, Elastik-Gewebe, Litze, Spitze, Fließ- u. Klopplawen, Breitgewebe u. a. m.) beschaffen, versiert, Fachkompetenz geg. Garne, Webstuhl, abstr. Verfertigungen geboten. Anfragen erbeten unter N 10 127 an Ann. Exp. Carl Gebler, Ombitz, Frankfurt a. M., Silesienweg 7.

Ich kaufe Briefmarken und zahle für branden. Zone, Aug. 1, ganze Sätze 13 W. RM 22.— u. 10 Pfg. RM 20.— RM 1 (Doppel) RM 12.— und 5 RM RM 30.— Täglich neu ankommt. 20 Werte RM 40.— Angebote an P 730 Anzeigen-Verwaltung Kettler, Wiesbaden, Wegmannstraße 4.

Deutsche Filmwirtschaft im Neuaufbau

Europäische Filmgründungen

r. Die deutsche Filmwirtschaft stand umsatzmäßig vor dem Kriege an dritter Stelle unter den Film-Ländern der Welt. Im alten Reichsgbiet gab es rund 5000 Kinos mit 2,2 Mill. Plätzen, die 1938 39 441,6 Mill. Besucher zählten. Die Bruttocinnahmen betrugen im gleichen Jahr 353,3 Mill. RM, während die Kinosteuer 26,8 Mill. RM erbrachte. Im Jahre 1938 wurden in Deutschland 99 große Spielfilme von mindestens 1500 m Länge produziert, von denen jeweils 70 bis 80 Kopien hergestellt wurden. Hinzu kamen zahlreiche Kurzfilme aller Art und der Wochenendauslast. Der deutsche Filmexport erfüllte alle europäischen und eine Reihe überseeischer Länder.

Der Zusammenbruch seit der Tätigkeit der verschiedenen Staats-Film-Konzerne ein Ende. Die deutsche Filmwirtschaft mußte nach Ende des Krieges vollkommen neu aufgebaut werden. Film-Produktions- und Vertriebsgesellschaften wurden neu gegründet und von den einzelnen Besatzungsmächten lizenziert. In der russischen Zone arbeitet an der historischen Stätte der deutschen Filmproduktion in Babelsberg die Defa, Deutsche Film AG., Berlin, mit russischer Lizenz und Monopoleigenschaft. In den Westzonen sind dagegen mehrere Unternehmungen als private Gesellschaften gegründet worden. In der britischen Zone bestehen gegenwärtig u. a. die Camera Film GmbH, Hamburg, Junge Film-Union, Hamburg, Real-Film, Hamburg, Filmfabrik GmbH, Göttingen, und im britischen Sektor Berlina „Studio 45 Film GmbH. Für die britische Zone schließt sich Hamburg als neues Filmzentrum herauszubilden. Die amerikanische Zone verfügt über das völlig intakte befindliche Filmgelände München-Gieselerplatz mit mehreren neuen Film-Gesellschaften, wie die Internationale Filmorganisation und neue Deutsche Filmgesellschaft, beide München. Im

amerikanischen Sektor Berlin besteht sodann die Objektiv-Film GmbH. Aus der französischen Zone ist vor allem die Central-Cinema-Comp., Berlin, zu erwähnen. In Belgien entsteht zur Zeit ein neues Filmgelände.

Die Zahl der Kinos in Deutschland ist durch Kriegsverluste zurückgegangen. In der britischen Zone gibt es gegenwärtig etwa 1100 Kinostätten, in der amerikanischen Zone 900, in der französischen Zone 450 und in der sowjetischen Zone 1200. Bei der stark verringerten Zahl von Kinos und den hohen Herstellungskosten eines Films ist eine neue deutsche Filmproduktion auf die Dauer nur tragbar, wenn die von den einzelnen Gesellschaften hergestellten Filme in allen Zonen vertrieben werden können. Das sagt jedoch zunächst voraus, daß eine genügende Anzahl von Kopien hergestellt werden, was bisher infolge Mangels an Filmen nicht möglich war. In den Westzonen konnten von den bisher wenigen erzeugten neuen Filmen jeweils etwa 20 Kopien produziert werden. Neben Filmen aus der neuen Produktion werden auch noch Vorkriegsfilme nach vorgeschriebener Zensurierung gezeigt. Außerdem führen die einzelnen Besatzungsmächte Filme aus ihren Ländern ein.

Der deutsche Filmexport konnte noch nicht wieder aufgenommen werden, doch liegen aus verschiedenen europäischen Ländern Anfragen vor. Während des Krieges ist die schweizerische Filmproduktion auf den europäischen Märkten vorgedrungen und heute bereits in vielen Ländern mit mehreren Filmen jährlich vertreten. Die britischen Filmproduzenten sind seit Ende des Krieges sehr aktiv geworden, vor allem der Bank-Konzern, der auch zahlreiche Lichtspieltheater in Europa und Übersee kontrolliert. Einige Länder planen einen Ansturm ihrer Filmproduktion. In Belgien wurde kürzlich mit 150 Mill. sfr. Kapital eine Filmgesellschaft gegründet, die in der Nähe von Tournai ein Filmgelände errichtet und jährlich 30 bis 40 Filme herstellen will. Eine dominierende Stellung nimmt nach wie vor der amerikanische Film ein. Nach Mitteilung des USA-Handelsministeriums belief sich der Ertrag aus dem gesamten ausländischen Film-Verleihgeschäft 1947 auf 138 Mill. Dollar, wovon 70 Mill. Dollar auf Großbritannien entfielen. H.G.

Bekannter Gebrauchsgrafiker

Intensivster Mitarbeiter und Berater zur führenden Firmen, Gestalter kultivierter und schwerer Aufgaben, verlangt seinen Wohnsitz nach Norddeutschland und nicht Verbindung mit nord- und nordwestdeutscher Industrie. Europäisches Niveau erbeten, die Wert auf Mitarbeit eines erfahrenen und zuverlässigen Künstlers legen und diesen vor wertvolle Aufgaben stellen. Zuschriften erbeten an Annoncen-Expeditoren Heize, Fyßlich, Wiesbaden, Eberstraße 3, unter W N 4316.

Ist Südosteuropa für die Westmärkte verloren?

Die tatsächliche Entwicklung, gezeigt am Beispiel Oesterreichs

Vom gegenwärtigen Außenhandel Deutschlands kann auf die Möglichkeiten des Warenaustausches mit Südosteuropa schwer geschlossen werden. Deutlich zeigt aber das Beispiel Oesterreichs die wirklichen Möglichkeiten, denn erstens besteht hier in einem geschlossenen Staatsgebilde eine einheitliche Handelsstatistik, zweitens war gerade die Wirtschaftsverknüpfung dieses Landes mit dem Südoften immer besonders eng (noch von der Zusammengehörigkeit in der österreichisch-ungarischen Monarchie her) — es war Österreich geradezu der Maßstab für die Handelsmöglichkeiten mit Südosteuropa. Wie stellt sich nun heute die Situation dar?

Bei einem sehr kleinen Gesamtumsatz des Außenhandels beträgt der Warenaustausch Oesterreichs mit den Südoftstaaten heute kaum ein Zehntel; von diesem Posten entfällt die Hälfte aus Warenlieferungen aus und nach Ungarn, vom Rest das meiste auf Jugoslawien, während die Anteile von Rumänien und Bulgarien kaum nennenswert sind.

Das ist sehr wenig, denn diese Länder gehörten zu den wichtigsten Kunden und Lieferanten Oesterreichs. Es waren vor allem die „Nachfolgestaaten“ der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die sich nach 1918 in ein lebhaftes Außenhandels miteinander trieben. Andere Südoftstaaten hatten Gebiete des ehem. Oesterreich-Ungarn übernommen und überall wirkte die Tradition der Zusammenarbeit weiter. Der Anteil dieser Staaten sowohl an Einfuhr als auch an Ausfuhr lag zwischen dem beiden Kriegen bei etwa einem Viertel des damals bedeutenden Außenhandelsumsatzes Oesterreichs. Es war auch eine wirtschaftlich natürliche Partnerschaft, bei der der eine gerade das brauchte, was der andere gerade lieferte. Die Südoftstaaten gaben Lebensmittel, Oesterreich wichtige Industrie-Rohstoffe und Fertigwaren.

Die Intensivierung dieses Warenaustausches ist auch heute ein allgemeiner österreichischer Wunsch. Es wird von kommunistischer Seite immer wieder gesagt, daß der Handel jetzt nicht in Gang komme, weil Wien „Westorientierung“ treibe. Aber das Argument scheint beschränkt ohne Zahlen. Die „Westorientierung“ Oesterreichs bestand einfach darin, daß man UNKRA-Lieferungen und andere Hilfsleistungen nahm, wobei sie kamen, und sie kamen und kommen eben nicht aus dem Osten. Der Warenaustausch mit der Sowjetunion z. B. macht in den ersten acht Monaten 1947 nicht einmal eine halbe Million Schilling in der Summe.

Es wird von der Kritik gesagt, daß der Westen als Handelspartner Oesterreichs sehr unweiser sei. Gerade in Krisenzeiten würden die Weststaaten die österreichischen Industriebetriebe nicht brauchen und also kein Kompensationsgut für die notwendigen Einfuhren da sein. Der Beweis ist wesentlich richtig, aber es ist ein Beweis für übertriebene Heits. In „Aktiva“ an sich keine Ladung. Jeder fragt nur, was er für eine Gegenlieferung erhalten kann.

Wenn heute ein Warenaustausch nicht zustande kommt, so liegt das bei den Hauptbinnen von Europa gewiß nicht an „ökonomischen Abhängigkeiten“, sondern daran, daß entweder beide Partner nichts zu geben haben, oder der nicht liefert, weil er die Gegenlieferung annehmen, im besonderen Falls auch an anderen Hindernissen, z. B. wenn aus Ungarn die Wagnisse nicht zurückkommen.

Es ist zu betonen, daß das größte Außenhandelsdefizit von Oesterreich nicht der Sowjetunion zugehört wird, und das ist gewiß keine politische wirtschaftliche Handelsverbindung. In der Einfuhr stellt sich wie vor Deutschland und mit seinen Kollisionsformen den größten Posten, ein wichtiger Serwitium-Tausch wird angestrebt, Liefer- und Kunde warten, bis die Besatzungsmächte die entsprechenden Erlaubnisse dieses Tausches schaffen.

Im Halbbereich der Oststaaten Der Südoften scheint auf lange Zeit auszufallen. Es ist nicht Oesterreichs Schuld. Hier ist alles doch verhältnismäßig beim alten geblieben und „Fortsetzungen“ wären möglich — in den Südoftländern hingegen ist nicht nur eine „Entwicklung“ unterbrochen worden, sondern es sind ganz neue Gesichtspunkte für Produktion, Verteilung, Außenhandel geschaffen worden. Wieweit sich hier noch die große Politik hemmend auswirken wird, mögliche Schwierigkeiten schaffen — das ist jetzt nach dem Zusammenbruch der Londoner Verhandlungen eine harte Frage. Oesterreich ist ja in weiten Halbkreis von Staaten des Ostblocks umgeben, wobei handelspolitisch die Tschechoslowakei wichtiger ist, als die vier Südoftstaaten zusammengenommen. Die Einfuhr von dort ist doppelt so hoch, die österreichische Ausfuhr nach der Tschechoslowakei um ein Drittel höher als die Summe bei allen vier erwähnten Südoftstaaten.

Mit der Tschechoslowakei beruht der Warenaustausch auf Kompensationen; Verhandlungen nach einem höheren Rahmen sind für die nächste Zeit vorgesehen.

Mit Ungarn ist März 1947 ein Warenaustausch- und Zahlungsabkommen in Kraft getreten, das sowohl Clearing- als auch Kompensationsgeschäfte vorsieht. Die ungarischen Lieferungen sind zurückgeblieben; über den so für Oesterreich entstandenen Aktivsaldo stehen Besprechungen bevor. Über Erneuerung des Vertrages soll demnächst verhandelt werden.

Mit Bulgarien ist am 26. 7. 47 ein Kompensationsvertrag auf Jahresdauer abgeschlossen worden; hier ist man besonders um Tabaklieferungen bemüht.

Mit Rumänien will man demnächst über ein Warenaustauschabkommen verhandeln; Warenlisten wurden vorgelegt.

Auch mit Jugoslawien wären Besprechungen vonnöten.

Es ist also zweifach fraglich, ob und wann ein wesentlicher Warenaustausch in Gang kommen kann; aus politischen Gründen, was bei der Verschärfung der Lage zwischen Ost und West immer mehr bedenklich wird — gibt es doch innerösterreichisch, an der Grenze zwischen Ostzone und Westzone schon genug Verkehrshemmnisse, Erlaubnisscheine für Güter usw., und aus wirtschaftlichen Gründen. „Nehmen sie doch die Angebotslisten vor“ — sagt Außenminister Gruber — „und sehen sie nach, was von den Südoften Ländern angeboten wird. Selbst wenn sich reale Posten darunter finden, zum Beispiel Sonnenblumenkerne, können sie sicher sein, daß es schwierig ist, die Lieferung zu erfüllen. Von dem, was uns von den Oststaaten an Lebensmitteln angeboten wird, kann Oesterreich nicht einmal fünf Tage leben!“

Das Einfuhrdefizit Oesterreich kann nur einen Teil der lebensnotwendigen Einfuhren durch Ausfuhrerlöse decken. Dies wurde bereits bei Darstellung der österreichischen Handelsbilanz gezeigt. Ein genaues Bild der Situation gibt ein sieben ausgegebener Bericht der Allied Commission for Austria, Research and Statistics Section (Britische Besatzungsmacht) der für die Zeit von Jänner bis August 1947 folgende „Zahlungsbilanz“ zeigt:

Oesterreichs Einfuhr (in Mill. Dollar):
 Kommerzielle Transaktionen (ohne Käufe von Kohle und anderen Gütern aus britischen und amerikanischen Hilfsfonds) 46 Mill. Dollar; UNKRA-Lieferungen 46; britische Lieferungen 46; Lieferungen anderer amerikanischer Organisationen 14 Mill. Dollar; USA-Lieferungen 1 von Kriegsdepartement 26, 1. Hilfsprogramm des Kongresses 20, 2. Kongress 8 Mill. Dollar; schließlich Unterstützungsleistungen aus anderen Ländern sowie Lieferungen anderer amerikanischer und britischer Organisationen 14 Mill. Dollar, zusammen 192 Mill. Dollar.

Oesterreichs Ausfuhr:
 Kommerzielle Transaktionen (ohne Lieferungen der von der Sowjet kontrollierten Betriebe, z. B. der schon früher erwähnten Wagnisse von Erdöl u. ä.) 8 Mill. Dollar; elektrischer Strom (Lieferverträge mit Deutschland; die wichtigste Sachgegenstände gegen die Kohlenlieferungen, wobei der bedeutende Teil mit Dollar abgezahlt ist) 3 Mill. Dollar; Einzahlungen aus Fremdenverkehr und Transit 7 Mill. Dollar, zusammen 183 Mill. Dollar.

Defizit in 8 Monaten: 109 Mill. Dollar.
 Dieser Zahlenbericht beweist nicht viel. Er zeigt die Situation, und diese Änderung durch einen Staatsvertrag nach während der Londoner Konferenz noch immer hoffte. Die mangelnde Souveränität, die Herausnahme wesentlicher Wirtschaftszweige durch die Sowjets unter dem Titel „deutsches Eigentum“ bedeutet auch die Liquidation der Handelspolitik, mit allen Konsequenzen für die Produktion usw. Ein wesentliches wäre die Ermöglichung eines Warenaustausches mit Deutschland, worüber wir im einzelnen kürzlich berichtet haben.

Die „Exportaktion“ Für 1948 werden jetzt etwa 140 Mill. Schilling als monatliches Exportziel an-

gekündigt. Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. h. c. Heisl meldete zusammen mit dieser Nachricht die Schaffung eines neuen Referates „EXPORT-AKTION“ in seinem Ministerium, das handelspolitisch wirken und auch Außenhandelsbürokratie abbauen soll. Im Jahre 1947 war man von 20 Mill. S Ausfuhrsumme im Januar bis zu einem Rekord von 103 Mill. im Oktober gekommen. Diese Oktobersumme entspricht schon den Ausfuhrsummen eines Monatsdurchschnitts 1937 — nur daß die Preise das Fünffache von damals sind, die Verhältnisse also die Mengenwinzigkeit verschleiern.

Die Förderaktion soll bei der einerschaffenden und einerschaffenden Industrie beginnen, da hier die Rohstoffgaben gegeben sind, und immer ein hohes Ausfuhrpotential vorhanden war. Die Devisenerlöse sollen vor allem die Kohleneinfuhr sichern — dies werde auch, so wird erklärt, die Richtung der Exporte (in Kohlenlieferländer) bestimmen.

Die erste Meldung sagt sachlich nicht mehr, als hier in diesen wenigen Zeilen zusammengefaßt wurde. Sie sagt zum Beispiel nicht, ob man die Ausfuhr in das wichtigste Kohlenlieferland Deutschland steigern wolle, oder ob man da vor allem die vorhandenen Kohlenlieferer (Tschechoslowakei, Polen) meine. Wir haben dargestellt, daß der Außenhandel mit Deutschland heute praktisch nur aus deutschen Kohleneinfuhren besteht, dagegen in Verbundverpflichtung etwas Strom gegeben, der Hauptbetrag aber in Dollar abgezogen wird. Ein Warenaustausch ist in diesem Außenhandel nicht gegeben, obwohl Oesterreich deutsche Erzeugnisse dringend braucht, insbesondere Maschinen, Apparate, Chemikalien usw. Die Entscheidung liegt bei den Besatzungsmächten. (Vergleiche Wirtschaftsrevue 58 und 60)

Deutsches Geschäft mit Oesterreich läuft an

Von unserem Wiener Korrespondenten

Im Rahmen eines Exportkreditlimites von 50 Mill. Doll., der Oesterreich gewährt wurde, sind nun in Deutschland entsprechende Bestellungen abgeschlossen worden. Eine Beschaffungsdelegation unter Führung von Dr. J. u. r. s. (vom Wiener Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung) ist sieben von Verhandlungen zurückgekehrt.

Im besonderen werden folgende Lieferungen erwähnt: Textilien (Wäsche, Bekleidung) Schuhe usw. stellen mit etwa 45 Mill. Dollar den Hauptposten. Weiter nennt man Fahrzeuge von 0,7 Mill. Dollar Wert, sodann Werkzeuge, Maschinen und Baumaterialien, Kabel, Draht, Seile u. ä. für 2 Mill. Dollar, Chemikalien (Medikamente, Sanitätsmaterial) für 1 Mill. Dollar. — Der Betrag von 50 Mill. erscheint durch die Bestellungen an sich überlegen. Die Warenliste enthält aber die Preise für neue Ware, es seien je nach Qualität aber Reduktionen bis zu 30% vorgesehen, wodurch sich die Zahlungssumme unter dem Pauschalbetrag senken dürfte. — Die Warenliste beruht auf Angaben in der späten „Wiener Zeitung“ und überrascht insofern, als Textilien und Schuhe nach Zehntel der Summe errechnen. Es wurde in der „Wirtschaftsrevue“ in Folge 60 vom 6. 12. 47 bereits dargestellt, welche Waren Oesterreich besonders dringend aus Deutschland benötigt, und es wird durch Vergleich mit jenen Angaben ersichtlich, welche weitere Bedarfsgegenstände (insbesondere für Maschinen, Farben, Chemikalien, Bestandteile für frühere aus Deutschland bezogene Maschinen) bestehen, und sich mit der weiteren Entwicklung der Produktion eher steigern müssen.

Tatsache ist jedenfalls, daß über die mehrfach erwähnten Lieferungen von Ruhrkohle hinaus der Warenverkehr mit Oesterreich in Gang kommt. 5

Neue Handelsverträge der deutschen Zonen

Doppelzone—Belgien/Luxemburg

an. Luxemburg. Ende Oktober 1947 fand in Berlin ein eingehender Meinungs-austausch zwischen den Delegierten der amerikanischen und britischen Militärregierung in Deutschland und Vertretern der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion statt. Erst jetzt werden Einzelheiten über diese Zusammenkunft bekannt. Dem „Echo de l'Industrie“, das Organ des luxemburgischen Industriellenverbandes zufolge, fanden die Berliner Besprechungen ihren Niederschlag in drei Dokumenten: a) in einem Protokoll über die Regelung des Handelsverkehrs und des Warenaustausches zwischen der Bizonne und der Wirtschaftsunion, b) in einem Verhandlungsbericht über die Erneuerung des provisorisch vereinbarten Zahlungsabkommens und c) in einem Memorandum und Einzelfragen kommerzieller Natur, die durch die beiden Delegationen erörtert wurden.

Von diesen Dokumenten ist das Protokoll das wichtigste. Das Abkommen soll vorerst bis zum 30. Juni 1948 gelten, soll sich jedoch nach diesem Datum automatisch um jeweils drei Monate erneuern, es sei denn, daß es durch eine der beiden Parteien einen Monat vorher gekündigt werde. Im Grundsätzlichen bezeichnet das Protokoll u. a. den Willen der beiden Parteien, die Wiederaufnahme des Kontaktes zwischen Lieferanten und Abnehmern zu erleichtern. Seinen praktischen Wert erhält jedoch das Protokoll durch seine Anlagen, in denen die Waren, für welche die besten Austauschmöglichkeiten bestehen, listenmäßig erfaßt sind. Allerdings wurde kein genaues Programm des beiderseitigen Warenaustausches mengen- oder wertmäßig festgelegt. Die dem Protokoll angefügten Listen beschränken sich darauf, diejenigen Produkte aufzuführen, die für die Ausfuhr einerseits aus der Bizonne, andererseits aus

der Wirtschaftsunion in erster Linie zur Verfügung stehen und in Betracht kommen. Diese Warenlisten haben keinen limitativen Charakter und können beim Eintreten neuer Verhältnisse jederzeit erweitert oder sonstige abgeändert werden.

Auf der Liste der belgischen und luxemburgischen Waren, die wahrscheinlich nach der Bizonne geliefert werden können, stehen die Inlandsprodukte u. a. Heißpflanzen, landwirtschaftliche Sämereien, Spekartoffeln, Hülsen und Lederwaren. Für andere Produkte sollen die Möglichkeiten eines eventuellen Ablasses in der Bizonne noch überprüft werden. Dazu gehören u. a. Abfälle von Wolle und Baumwolle, vor allem aber Eisenerz und Schiefer.

Die Liste der Waren, die für die Ausfuhr aus der Bizonne wahrscheinlich verfügbar sind, enthält ihrerseits u. a. Hopfen der Ernte 1948, keramischer Lehm (400 Tonnen), Sand und Kies, Grubenmaterial sowie Maschinen für die Textilindustrie und das Druckergewerbe. Ferner sollen gegebenenfalls, nach näherer Überprüfung, Holz, Ersatzteile für Maschinen aller Art, Bosch-Erzeugnisse, Elektromotoren, Kraftwagen und Automobile für die Ausfuhr aus der Bizonne nach der Wirtschaftsunion in Betracht kommen. Schließlich soll seitens der zuständigen Behörden der Bizonne auch noch die Möglichkeit geprüft werden, verschiedene Fabriken in ihrer Gesamtheit an die Wirtschaftsunion abzugeben, insbesondere eine Handschuhfabrik, Hemdenfabriken sowie Fabriken für Krawatten- und Schirmstoffe.

Auch in dem Memorandum über die behandelten Einzelfragen kommerzieller Natur sind einige Vorschläge festgelegt, die im gegebenenfalls künftig zurückgegriffen werden kann. So ließ die belgisch-luxemburgische Delegation das Interesse der Wirtschaftsunion an umfangreichen Lieferungen von Holz und von feuerfesten Produkten dokumentieren. Ferner machte sie auf die beiderseitigen Vorteile von Sonderabmachungen über den Austausch von Vieh und von gewissen landwirtschaftlichen Produkten aufmerksam. In den Besprechungen über das provisorische Zahlungsabkommen konnte eine Sonderregelung für die deutschen Kohlenlieferungen nicht durchgesetzt werden.

Französische Zone — England

hfg. Baden-Baden. Das bereits in unserer Nr. 61 vom 13. 12. angekündigte Handelsabkommen zwischen der französischen Zone und dem Britischen Reich, das am 30. 11. des Vorjahres in London paraphiert worden war, ist jetzt durch die Vertreter der beiden Vertragschließenden unterzeichnet worden und damit in Kraft getreten. Es ist das dritte Mal, daß damit wieder Handelsbeziehungen zwischen unserer Zone und den Ländern des Britischen Reichs aufgenommen werden. Außer Großbritannien sind an dem Abkommen beteiligt die britischen Dominien, die Länder unter britischem Mandat oder Protektorat, ferner Ägypten, der Sudan, der Irak, Transjordanien und Island. (Durch einen Übersetzungsfehler war seinerzeit von uns ein erwarteter Umsatz für das erste Halbjahr 1948 von etwa 200 Mill. Dollar gemeldet worden.)

Der Austausch von Waren zwischen den beiden Vertragspartnern wird auf Sterling-Grundlagen erfolgen. Beide Partner haben dem Abkommen Listen derjenigen Waren beigefügt, die sie dem Partner liefern können. Dabei sind jedoch Gesamtwerte für diese Waren ebenso wenig festgelegt wie bestimmte Warengruppen. Dem Abkommen sind ferner Listen beigefügt über die für die nächsten sechs Monate verfügbaren Höchstmengen an bestimmten Waren. Auch hierbei handelt es sich zunächst um Vorschläge, die noch im Einzelnen durch die Partner in Form von Lieferverträgen verwirklicht werden müssen.

In ihrer Liste schlägt die französische Zone als verfügbare Höchstmengen von Harzstoff bis 50 t, Natrium-Phosphat bis 100 t, Farbstoffe bis 100 t, synthetisches Wachs bis 15 t, Luz-Masse zur Gasifizierung bis 5000 t, gesägtes Holz bis 30 000 cbm, Nadeln für Strickmaschinen bis 1,5 Mill. Stück, Druckermaschinen bis 100 000 Pfund Höchstwert, verschiedene Maschinen bis 150 000 Pfund Höchstwert, landwirtschaftliche Maschinen bis 75 000 Pfund Höchstwert und Aluminiumfolien bis 30 t. Großbritannien schlägt für die Lieferung aus dem Sterlingbereich vor: Kautschuk bis 500 t, Gummireifen bis 15 000 Stück, Schwefelkies bis 50 000 t, Nickel bis 20 t, Wolle bis 2 000 t, Baumwolle bis zu 500 000 Pfund Höchstwert, ferner nicht näher bezeichnete Mengen an Magnesium-Superoxyd und Kork.

Der Umfang des Warenaustausches zwischen den beiden Gebieten soll im Lauf der Zeit, je nach den gemachten Erfahrungen und den verfügbaren Mengen vergrößert werden. Es wäre zu wünschen, daß der Warenaustausch auf dieser Grundlage möglichst bald in Gang kommt. Die von England vorgeschlagenen Lieferungen würden der Industrie unserer Zone nachwillkommene Rohstoffe zur Verfügung stellen. Besonders die Textilindustrie würde erhebliche Mengen von Baumwolle und Wolle erhalten; für die Überwindung unserer Verkehrtsnot wäre die Lieferung der Reifen sehr erwünscht.

Vertretungen

- Handelsvertreter erhalten wöchentl. Alle offenen Verträge sind. Zonen nach wirtsch. Kursnachrichten für RM 10 — monatlich durch „Der Illustrierte“, (21a) Göttesch, Postfach 414.
- Handelsvertreter bei Maschinenhandel, Landwirtschaft und Gärtnereien in Schwaben und Oberbayern bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit leitungsleitenden Handelsfirmen bzw. lieferfähigen Oestern in landwirtschaftlichen Maschinen, Dreschen, Erntestellen und Gartengeräten. Zuschriften unter Nr. A 470 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Hersteller — Gebläsefabrik Handelsvertr. übernimmt nach Verkaufverteilung und Aufstellung neuer gut. Artikel in Holzwaren, Haushaltsgeräten, Kunstgewerbe, Spielzeug, Bijouterie und Badartikel. Büro u. Lagerhaus, Vertriebsbüro, unter Kundendienst im Zentrum des Industriegebietes. A. Stöckel, Herta, W., Schloßstraße 12a, Ruf 3033.
- Hamburger Im- und Exporthaus mit eigener Niederlassung in Dublin, Eire, sucht Aufnahme von Beziehungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt Großhandels-Vertriebsstellen in Farben, Chemikalien, Kosmetik und Parfümerien, für den Bezirk Ober- und Unter-Franken, Sitz Coburg. Offerten u. Nr. A 476 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Handel mit Halben, deutsche Import- und Exportfirma sucht für Export nach Italien Verbindung italienischer seriöser Firmen für Waren aller Art. Angebote unter Nr. F 437 an die Wirtschaftsrevue, Konstanz.
- Übernahme Vertretung für Belgien u. Schweden, Konrad Dr. Alexander Mastakas, Bismarckstr. 2/3, 21. Hamburg 18, Postfach 10.
- Seriöse Hamburger Handelsvertreter-Firma, hiesiger, sucht bestes eign. 1947, sind Verbindungen mit deutschen Fabrikanten, die am Export nach Irland interessiert sind. In Frage kommen Angebote in Schwere-Chemikalien, pharmazeutische Produkte, landw. spezifische Maschinen, Erzeugnisse der Elektroindustrie sowie Industrieerzeugnisse aller Art. Beteiligung am Desinvestitionsverfahren. G. Seitz & Co., Dublin, Hamburg, Konstanz, Bismarckstr. 2, 21. Hamburg 18, Am Wehlf. 34.
- Drogist, 46 Jahre, übernimmt

In- und Auslandsbörsen

DEUTSCHE BÖRSEN

Die in der Vorwoche festzustellende Abgebogenheit hielt zunächst an, zumal die sich erweiternden Schwierigkeiten in der Weltpolitik sowie die erneuten Streikforderungen der Ruhrbetriebsräte im Zusammenhang mit der kritischsten Entwicklungsphase der Wirtschaft zur Vorsicht mahnten. Stark beachtet wurde der Widerstand der Republikaner gegen das umfassende Programm Truman sowie die offiziellen Proteste Frankreichs zu den britisch-amerikanischen Forderungen, die Zinssenkung, die Verdrängung lebensfähiger zu gestalten. Im Verlaufe der Woche machte sich verschiedene Rückaufwindungen bemerkbar. In Bank- und Eisenkursen nimmt man an, daß die nächsten Monate endlich die Reform des Geldwesens eine ausreichende Versorgung mit ausländischen Rohstoffen und die Entlastung Deutschlands in die Wirtschaft Europas bringen werden. Die am Wertpapiermarkt interessierten Kreise entschlossen sich wieder zu größeren Bewegungsläufen, die teilweise zu beachtlichen Erholungen und bei einzelnen Werten zu neuen Höchstkursen führten. Neben Gutehoffnungshütte, die den Stoppkurs nahezu wieder erreichten, standen Maschinen- und Textilaktien, sowie Getriebe mit West-Orientierung in Vordergrund des Interesses. Pressemitteilungen, demzufolge die deutschen Redaktionen die Wiedereröffnung von Agenturen im Ausland gestattet werden soll, regten zum Erwerb von Schiffahrtswerten an. Die Börsenszene schloß bei ruhigen Geschäft - allenfalls gütigen Stoppkursen zum Teil „Gold“ notiert werden, da zu den erhöhten Kursen kein Material zum Angebot gelangte.

HAMBURG: Abschwächung
An der Hamburger Börse wurden nach vorübergehender Reaktion auf die Ergebnisse der Frankfurter Konferenz gewisse Kursrückwärtigkeiten im Laufe der Woche vom 12. bis 16. Januar bei einem großen Teil der fortlaufend gehaltenen Werte wieder ausgeglichen. Die Entwicklung war deutlich gekennzeichnet durch die Kurskurve der Gutehoffnungshütte, die mit Schlußkursen auf der Linie 515-540-544 nahe an ihrem Stoppkurs 500 herankam. Erneutes Kaufinteresse fanden auch Bankaktien und bevorzugte Ostwerte wie Bekula, Dessauer Gas und Zellwolle-Papier. Kursrückwärtigkeiten konnten ferner Schiffahrtswerten, Eisen- und Stahlmarkt waren Ansetzer zu einer Umsatzeinbeziehung für Industrieversicherungen bei zum Teil aufwärts tendierenden Kursen feststellbar. Ostpandemie ließen ihren Stand zuletzt bezahlt wurden Bekula 115-121, Dessauer Gas 118-123-124, Eisenstahl 224, Hamburg-503 125-126, Hapag 125 1/2-126-126, Deutsche Bank 120 1/2 bis 141, Bankverein Bremen 125-128, Norddeutsche Kreditbank 127-128.

BÜSSELDORF: abrückend
Die Glattstellungen bei der Rheinisch-Westfälischen Wertpapierbörse führten zu Abgaben, Kursrückwärtigkeiten zum Wochenanfang wurden durch die Wertschäfte war die Tendenz insgesamt freundlich. Gute Hoffnungshütte wurde zu 540 bis 545 notiert, die übrigen Monatswerte wurden zum Stoppkurs gehandelt. Von den Maschinenaktien lagen Schiele, Vester, Rheinisch-Westfälische, sowie die Rheinische Eisenwerke ebenso wie Rheinische Zellwolle weiter fest. Gehandelte Bankaktien wurden zunächst 5 bis 8% niedriger notiert, später erholt. Der Rentenmarkt war im allgemeinen fest. Gemeindefinanzierungsanstalten wurden gesucht. Am Aktienmarkt standen von den Kohlenkursen im Vordergrund Heintrich Langenbram, in dem Umsätze stattfanden.

FRANKFURT: Tendenzumkehrung
An der Frankfurter Wertpapierbörse trat in der Woche vom 12. bis 16. 1. 1948 nach abgerundetem Beginn und einer weiteren abrückenden Notierung. Mitte der Woche ein Tendenzumkehrung ein. Seitens der Privatbankwirtschaft einlaufende

Kaufaufträge größeren Ausmaßes konnten nur zu anstehenden Kursen ausgeführt werden. Auffällig ruhig lagen Gutehoffnungshütte, die mit 530 eröffneten, auf 517 nachgaben und mit 545 (530 an 1.) schlossen. Von den übrigen noch unter dem Stoppkurs liegenden Monatswerten wurden die St.-A. nach 122 B. zu 125-124 (123) und Gergl. Gen.-Sch. zu 125-120-120 (124) aufgenommen. Abhandelt gesucht und mit einem Wochengewinn von 13 Punkten gingen Rütgers (137-127 nach 124) um, Elektrizitätsaktien etwas belebter und um 3-7% befestigt: Bekula 127-123 (124), Ellicht 124-120 (124) und Elektr. Lieferungen 147 1/2-148-121 (148). Die Aktien der beiden D-Banken wurden mit 126-124-124 (123) bewertet. Reichsbank konnte sich mit 148-146 1/2-147 1/2 (148 1/2) behaupten. Von Verkehrsaktien erreichten AG. für Verkehr über 165-148 (68) den Stoppkurs. Schiffahrtswerte um 120 bis 125 ansteigend: Haspa 123-127 (123), Hapag 125-120 (123) und Nordl. Lloyd 125-120 (124). Am Markt für „Unnotierte“ und Telefonwerte zählten Maschinen- und Textilaktien zu den Favoriten, die bei frage bedingten ansehnlichen Kurssteigerungen (bis zu 15%) zu verzeichnen hatten. So hörte man Berliner Masch. Schwartzkopf 79-81 (80), Charlottenburger Wasser 123-128-123 (123), Chem. Heyden 11-12 (12), Dessauer Gas 115-120 (118), D. Kordfaß 66-70 (68), Klafinger Zellwolle 35-33 (33,75), Kurmark Zellwolle 46 (46), Schering 123-121 (124), Schiele Desires 120-123 (119), Schultheis St.-A. 141-142 (140), dt. YA. 124-123 (123), Schubert & Salfer 114-123 (119), Spinnstoff Zellwolle 21-22 (21), dt. IA. 84-86 (85) und Thüringer Zellwolle NA. 71-78 (70), dt. IA. 94-90 (90). Obwohl die Interessenten für Löhne bis zu 20 Punkten erhöht hatten, lagen Schw. Zellstoff umsatzlos (100-100 nach 40%).

Am Rentenmarkt konnten 4% Komm. Umschuldung 1955-1964 (100%) bei großen Umsätzen, sowie 4% D. Komm. Umschuldung 90 (94) und Dekosana 206 (205) bei kleinen Umsätzen, um je 1% ansteigen. Der Stoppkurs für Städte-Albsteins wurde auf 208 G. (208) infolge des Zinnschlags heraufgesetzt. Ostpandemie waren nur zu 71-72, 5% höher liegenden Kursen im Markt: 4% D. Centralboden 190 1/2-191 (191), dt. KO. 181-180-181 (181), 4% Pr. Centralboden 17,75-17,75 (17,75), 4% Mecklenburger 245-25 (244), Sachsenboden Pf. 43-43 nach 38, 20-20 nach 20 (20), Industrieobligationen bis 7% ansteigend: 4% AKA 25-27 (25 1/2), 5 1/2% und 4% AEG 30 (30), 4 1/2% Brabag 21-22 (20), 4% und 4% D. Industriebank 126-127 (126,75), D. Waffen 33 (32), 4 1/2% Hydrar Politz 22-21 (21) und 15% Krupp 193,75-194,5 (193,75), 4% Mittelstahl wurden nach 22 B. zu 20 1/2 aufgenommen.

Wochenumsätze: Aktien RM 555 000,- (550 000,-), Renten RM 1 150 000,- (1 000 000,-).

STUTTGART: neue Höchstkurse
Die Württembergische Wertpapierbörse war am Wochenschluß weiter fest, teilweise wurden neue Höchstkurse verzeichnet. Gesucht waren Umschuldungsanleihe zu 123-124-128, Zentralboden und Meißner waren zu 90-92 gehalten. Auch andere Komm. Anleihen lagen fester zu 100,5. Die Abschwächung der Großbanken am Wochenanfang machte allmählich wieder einer Erholung Platz. Commerzbank stand auf 128, Deutsche Bank auf 148-128-128, Dresdenerbank auf 128-127-129, Reichsbank auf 148-147. Berliner festverzinsliche Werte wurden weiter gesucht, wie AEG zu 30-31, AKA zu 24-25, Industriebank zu 104,5-105-106, Deutsche Waffen zu 60, Krupp zu 254, Mauser zu 250-248-257, 4 1/2% Poeltz zu 26-27-28, Desigleins Bestand Aktien erzielt nach Aktien. Besonders Sontagstahl waren fest wie Bekula zu 148-153. Gute Hoffnungshütte zu 525-535-541, Schering zu 126-122, Schwedische Zellstoff 480-512. Die südwestdeutsche Anleihe wurde 104 1/2-104,25 bei kleinerem Umsatz notiert.

SPRECHSAL MAINZ: sinkende Kurse
Bei größerer Nachfrage in Aktien, die jedoch nicht befriedigt werden konnte, zeigte der erste Sprechsal der Woche vom 12. bis 16. Januar in Mainz eine abrückende Tendenz. Unter diesen Umständen kam ein Handel in Aktien überhaupt nicht zustande. 4% Deutsche Industriebank-Obligationen von 1941 handelte man mit 106 bei im übrigen beschränkter A.B. der Umsätze ausschließlich auf einheimische Länderanleihen. Im Anschluß an die Woche an den Mainzer Sprechsal vom 14. Januar setzte sich bei freundlicher Tendenz eine gewisse Geschäftsbekämpfung durch. Namentlich in Länderanleihen wurden größere Umsätze erzielt. Von den 1 1/2% Kassenanleihen Rheinland-Pfalz wurden größere Posten gesucht. Chemische Fabrik Heyden notierte man mit 81 bei 15% Landeskasenan-

weisungen Rheinland-Pfalz gingen mit 105,25 bei um 7% Hessen-Pfalz notierten 105,25 bei. 2 1/2% Rheinland-Hessen-Nassau mit 104 bei. Insgesamt belief sich der Umsatz im Handel in der zur Besprechung stehenden Woche auf 228 000 RM bei Kompensationen in einer Höhe von 228 000 RM.

SPRECHSAL FREIBURG: fest
Beim Sprechsal am 14. 1. wurden von den Renten 4% Sächsische Bodenkredit 28-32, Freiburger Auslösungsscheine zu 285-280, Auslösungsscheine Westdeutscher Städte zu 285-280, 4 1/2% Braunkohle-Benzin zu 28-27 gehandelt. Unter den Aktien stark Gutehoffnungshütte auf 519-545, Schering auf 124-121, Schwedische Zellstoff auf 485-480, Spinnstoff Zellwolle (Inhaberaktien) auf 26-120, Reichsbank auf 146-148, Deutsche Bank und Dresdener Bank auf 122-120.

ZÜRICH: freundlich
In der Woche vom 10 bis 18. Januar stand die Züricher Börse im Zeichen einer freundlichen Haltung. Es kam nur wenig Material auf den Markt, so daß das Kursniveau im allgemeinen eine steigende Tendenz zeigte. Die Bewertung frische Einfluß von amerikanischen Seite in Erscheinung, die Kurse von Wall Street lagen vielmehr schwächer als vor einer Woche. Unter den Industriewerten standen vor allen Dingen die Kraftwerkaktien sowie einige Vertreter der Metall- und Maschinenindustrie in Führung. Die in den Vorwochen bevorzugten Aktien von Ciba und Nestlé konnten wohl ihren hohen Kurstand behalten, jedoch nicht weiter vorrücken. In der Frustgruppe fanden keine Änderungen von Bedeutung statt. Die Bankaktien konnten Fortschritte verzeichnen. Kreditanstalt stieg von 391 auf 412, Bankverein von 740 auf 790, Bankgesellschaft von 385 auf 402, die Leubank von 245 auf 252.

Rohstoff-Weltmärkte

Größere Kaffee-Ernten

Einem offiziellen amerikanischen Bericht zufolge wird die 1947/48 Weltkaffee-Ernte auf 40 Mill. Sack geschätzt. Ungesichert über Beschichtigungsversuche seitens der Kaffee-Länder würde die neue Ernte damit einen derart großen Umfang erreichen, daß sie sich von den Rekord-ernten der Jahre zwischen 1923 bis 1936 nur wenig unterscheiden. Seit den Jahren 1943 bis 1947, wo die Weltproduktion im Durchschnitt auf ca. 24 Mill. Sack zurückgefallen war, hat sich überraschend schnell ein durchgreifender Tendenzwechsel auf dem Weltkaffee-Markt vollzogen. Sieht man davon ab, daß die 1946/47 Weltenernte nachträglich auf 37 Mill. Sack erhöht worden ist, so kann auch bei der diesjährigen Ernte noch mit einer Erhöhung gerechnet werden. Außerdem ist von jetzt an wieder ein Ingangkommen der Erzeugung in Niederländisch-Indien zu erwarten.

Einem Übersichts über die Produktionsseite steht ein Nachlassen des Verbrauchs besonders in den USA und Großbritannien, sowie auch ein abnehmendes Interesse der Bevölkerung von Kakao und Tee entschieden zugunsten hat. Die nordamerikanischen Röstereien haben seit Frühjahr 1947 eine sehr vorsichtige Einkaufspolitik betrieben. Da auch der europäische Verbrauch sich kaum 6 Mill. Sack über den Stand der Vorkriegsperiode erhebt, entspricht dieser sich bald größere unverkäufliche Lager namentlich in Brasilien ansammeln. Die brasilianische Kaffee-Ernte ist auf 23 Mill. Sack gestiegen gegen knapp 21 Mill. Sack im Vorjahr. Die amerikanische Kaffeeernte betrug im ersten 10 Monaten des Vorjahres 24 790 sh/ gegen 22 881 sh/ in der gleichen Zeit 1946.

Aluminium: Die im Krieg auf nahezu 1 Mill. t gestiegene USA-Erzeugung ist seit Kriegsende bedeutend gesunken, was auch für die kanadische Erzeugung gilt. Trotzdem scheint ein Übergang zu bestehen. Kanadisches Aluminium geliefert werden, an die deutsche Industrie geliefert und die amerikanischen Aluminiumfabriken sind bemüht, neue Verwendungswerte zu finden. So sollen von der Reynolds Metal Co. Vorarbeiten für die Erzeugung von Pipelines aus Aluminium geleistet werden sein, die früher aus Stahl hergestellt wurden. Der amerikanische Aluminiumpreis ist auf dem im Krieg gezeichneten Stand mit 13 ct je lb unverändert. Der englische Preis beträgt 80 Pfund Sterling je t.

Baumwolle
Die Exportkonventionen, welche die Konkurrenzverhältnisse der amerikanischen Baumwolle auf den Auslandsmärkten vergrößern soll, ist für die Zeit bis zum 22. Juni 1948 in ihrer gegenwärtigen Höhe von 1/2 Cent pro Pfund aufrecht erhalten worden.

Kautschuk
Nach nichtamtlichen Schätzungen soll die Herstellung von synthetischem Gummi durch die amerikanischen Regierungen ein Defizit von 33,48 Mill. Dollar verursacht haben, zu dem noch Installationsverluste in Höhe von 247,19 Mill. Dollar hinzukommen. Die Regierung verkauft synthetischen Kautschuk jetzt zu einem Kurs 18 1/2 Cent, einem Preis, der von privaten Produzenten unter keinen Umständen unterboten werden kann.

Die Londoner Notierung für Naturgummi ist neuerdings von 8 auf 14 Pence pro Pfund gestiegen, was insbesondere aus der Tatsache erklärt wird, daß die Weltproduktion hinter dem Weltverbrauch nicht immer zurückbleibt. So ist der Jahresbedarf Großbritanniens von 2546 auf 1947 von 140 000 auf 200 000 t gestiegen und dürfte nach adäquaten Schätzungen im Jahre 1948 sogar 240 000 t erreichen.

Ob die Weltgummiproduktion in absehbarer Zeit der Nachfrage wird genügen können, hängt teilweise davon ab, ob die bisher in den Vereinigten Staaten behaltene Produktionsbeschränkung aufgehoben werden, wie dies angeblich für den 1. April 1948 vorgesehen sein soll. Die ostasiatischen Notierungen liegen sogar noch höher als die Londoner; aus Singapur wird eine Notierung von 4 1/2 Cent (gegen 4 Cent in den letzten Dezemberberichten) gemeldet, was in englischer Währung einen Preis von einem Schilling entsprechen würde.

Metalle
Kupfer: Am Kupfermarkt verlangen die führenden amerikanischen Firmen weiter 21,15 ct je lb und der englische Preis mit 12 1/2 ct je lb ebenfalls unverändert. In der Verbindung mit dem Marshall-Plan erwartet man ein Steigen der Nachfrage für Kupfer wie auch für andere Metalle. Man zweifelt in englischen interessierten Kreisen an, daß die amerikanischen Kupferverleger die Mög-

Gleiches Recht für Neubürger

Unter dieser Überschrift veröffentlicht wir in der Ausgabe Nr. 4 unseres Blattes einen Aufsatz, der bei allen Heimatsvertriebenen ein lebhaftes Echo gefunden hat. Zahlreiche Einwendungen bewiesen uns das, eine besonders wichtige Frage tauchte immer wieder auf. Was wird aus den Lebensversicherungen der Ostversicherten? Zu dieser Frage schreibt uns nun der Verleger des Aufsatzes, Dr. Walter Becker, München:

„Vom Standpunkt eines gesamtdeutschen Schenkensausgleiches ist es klar, daß die Ostversicherten durch den „Ostplan“ zurückgesetzt werden. Gegen genommen hat man es mit zwei Plänen zu tun: erstens mit dem Gemeinschaftsplan sämtlicher Versicherungsgesellschaften, der von den Landesausgleichsämtern beschlossen wurde und daher bindend ist. Dieser Plan sieht im Abwehrfall eine 100prozentige Auszahlung vor, im Erfolgsfall eine 50prozentige, und zweitens mit dem „Ostplan“, der ein freiwilliger Plan der Lebensversicherungsgesellschaften und daher in keiner Weise bindend ist. Er sieht im Abwehrfall eine 100prozentige Auszahlung vor, im Erfolgsfall dagegen nur eine 50prozentige Auszahlung vor.“

Der Gemeinschaftsplan gilt für alle Versicherungsnehmer, der Ostplan für die Fibritlinge aus dem Sudetenland und aus den Ostprovinzen. Er setzt die Ausgewählten also im Erfolgsfall um 25 % gegenüber den Aktiven hinan. Die Versicherungsgesellschaften werden sich mit einem gewissen Recht auf den Standpunkt stellen, daß sie mit den gegebenen Reserven rechnen müssen und von sich aus allein den Leistungsdruck nicht tragen können. Um zu einer gerechten Lösung zu kommen, müßten also die Zentralstellen der Doppelzone eingreifen und es nicht bei den Gleichstellungsklauseln allein belassen.“

Wieder unverkäufliche Lager

Die Weltkaffeeernte wird auf 40 Mill. Sack geschätzt. Ungesichert über Beschichtigungsversuche seitens der Kaffee-Länder würde die neue Ernte damit einen derart großen Umfang erreichen, daß sie sich von den Rekord-ernten der Jahre zwischen 1923 bis 1936 nur wenig unterscheiden. Seit den Jahren 1943 bis 1947, wo die Weltproduktion im Durchschnitt auf ca. 24 Mill. Sack zurückgefallen war, hat sich überraschend schnell ein durchgreifender Tendenzwechsel auf dem Weltkaffee-Markt vollzogen. Sieht man davon ab, daß die 1946/47 Weltenernte nachträglich auf 37 Mill. Sack erhöht worden ist, so kann auch bei der diesjährigen Ernte noch mit einer Erhöhung gerechnet werden. Außerdem ist von jetzt an wieder ein Ingangkommen der Erzeugung in Niederländisch-Indien zu erwarten.

Einem Übersichts über die Produktionsseite steht ein Nachlassen des Verbrauchs besonders in den USA und Großbritannien, sowie auch ein abnehmendes Interesse der Bevölkerung von Kakao und Tee entschieden zugunsten hat. Die nordamerikanischen Röstereien haben seit Frühjahr 1947 eine sehr vorsichtige Einkaufspolitik betrieben. Da auch der europäische Verbrauch sich kaum 6 Mill. Sack über den Stand der Vorkriegsperiode erhebt, entspricht dieser sich bald größere unverkäufliche Lager namentlich in Brasilien ansammeln. Die brasilianische Kaffee-Ernte ist auf 23 Mill. Sack gestiegen gegen knapp 21 Mill. Sack im Vorjahr. Die amerikanische Kaffeeernte betrug im ersten 10 Monaten des Vorjahres 24 790 sh/ gegen 22 881 sh/ in der gleichen Zeit 1946.

Aluminium: Die im Krieg auf nahezu 1 Mill. t gestiegene USA-Erzeugung ist seit Kriegsende bedeutend gesunken, was auch für die kanadische Erzeugung gilt. Trotzdem scheint ein Übergang zu bestehen. Kanadisches Aluminium geliefert werden, an die deutsche Industrie geliefert und die amerikanischen Aluminiumfabriken sind bemüht, neue Verwendungswerte zu finden. So sollen von der Reynolds Metal Co. Vorarbeiten für die Erzeugung von Pipelines aus Aluminium geleistet werden sein, die früher aus Stahl hergestellt wurden. Der amerikanische Aluminiumpreis ist auf dem im Krieg gezeichneten Stand mit 13 ct je lb unverändert. Der englische Preis beträgt 80 Pfund Sterling je t.

Baumwolle
Die Exportkonventionen, welche die Konkurrenzverhältnisse der amerikanischen Baumwolle auf den Auslandsmärkten vergrößern soll, ist für die Zeit bis zum 22. Juni 1948 in ihrer gegenwärtigen Höhe von 1/2 Cent pro Pfund aufrecht erhalten worden.

Kautschuk
Nach nichtamtlichen Schätzungen soll die Herstellung von synthetischem Gummi durch die amerikanischen Regierungen ein Defizit von 33,48 Mill. Dollar verursacht haben, zu dem noch Installationsverluste in Höhe von 247,19 Mill. Dollar hinzukommen. Die Regierung verkauft synthetischen Kautschuk jetzt zu einem Kurs 18 1/2 Cent, einem Preis, der von privaten Produzenten unter keinen Umständen unterboten werden kann.

Die Londoner Notierung für Naturgummi ist neuerdings von 8 auf 14 Pence pro Pfund gestiegen, was insbesondere aus der Tatsache erklärt wird, daß die Weltproduktion hinter dem Weltverbrauch nicht immer zurückbleibt. So ist der Jahresbedarf Großbritanniens von 2546 auf 1947 von 140 000 auf 200 000 t gestiegen und dürfte nach adäquaten Schätzungen im Jahre 1948 sogar 240 000 t erreichen.

Ob die Weltgummiproduktion in absehbarer Zeit der Nachfrage wird genügen können, hängt teilweise davon ab, ob die bisher in den Vereinigten Staaten behaltene Produktionsbeschränkung aufgehoben werden, wie dies angeblich für den 1. April 1948 vorgesehen sein soll. Die ostasiatischen Notierungen liegen sogar noch höher als die Londoner; aus Singapur wird eine Notierung von 4 1/2 Cent (gegen 4 Cent in den letzten Dezemberberichten) gemeldet, was in englischer Währung einen Preis von einem Schilling entsprechen würde.

Metalle
Kupfer: Am Kupfermarkt verlangen die führenden amerikanischen Firmen weiter 21,15 ct je lb und der englische Preis mit 12 1/2 ct je lb ebenfalls unverändert. In der Verbindung mit dem Marshall-Plan erwartet man ein Steigen der Nachfrage für Kupfer wie auch für andere Metalle. Man zweifelt in englischen interessierten Kreisen an, daß die amerikanischen Kupferverleger die Mög-

7. Heidelberger Briefmarken-Versteigerung
vom 24. bis 27. April 1948
Jährlich 3 Auktionen: April, August, Dezember.
Einlieferungsfrist: 1. Febr. 1948.
Einlieferungen von Seltensheiten, Nachlässen, Kariküren, Sammlungen, Postmarken usw. werden laufend angenommen. - Verlangen Sie unsere Einlieferungsbedingungen und Kataloge allein beisehen.“

Schiffahrts-Nachrichten

ENGLAND
Das für die Reederei „Ellerman Lines, Ltd.“, London auf der Werft von Barclay, Currie & Co., Ltd., Whiteinch schiffe „Frisch“ und „Passat“ gebaut, City of Johannesburg (1908 t) machte seine Probefahrt. Der Antrieb erfolgt durch Doxford Dieselmotoren mit einer Leistung von 900 PS. Das Schiff erreichte bei den Erprobungen eine Geschwindigkeit von über 18 Knoten und ist für den Südatlantik der Reederei bestimmt. Im Laufe der vergangenen Jahre wurden vier Schwedenschiffe in Dienst gestellt, und zwar die Turbinenschiffe „City of New York“, „City of London“, „City of Hull“ und „City of Bremen“. Für die Reederei befinden sich zurzeit noch 19 Turbinenschiffe von je 7000 t auf 7 englischen Werften im Bau. Aufträge auf 7 Turbinenschiffe von je 7000 t wurden kürzlich infolge der hohen Schiffbaukosten rückgängig gemacht. Die Reederei will wirtschaftlichere Schiffstypen entwickeln. - Die Schiffe der „Ellerman Lines, Ltd.“, London, verkehren zwischen England - Südatlantik bzw. Indien und dem Fernen Osten.

Auch die Tochtergesellschaften haben größere Bauprogramme erfüllt. Die „Ellerman's Wagon Line, Ltd.“, Hull, hat 1947 9 kleinere Frachts- und Passagierschiffe mit einer Gesamttonnage von 19 000 t in Dienst gestellt. Zwei Schiffe von 2200 t bzw. 1500 t befinden sich noch im Bau. Die „Ellerman's Papayanal Lines, Ltd.“, London, die dem Spanisch-Portugal- und Mittelmeer-Dienst verschoben, haben noch 2 Schiffe mit einer Tonnage von 7100 t im Bau. 1947 wurden für diese Tochtergesellschaft der Ellerman Lines 3 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 29 720 t fertiggestellt, und zwar die Turbinenschiffe „Jonian“, „Papayanal“, „Patrician“ und „Verania“ von je 1200 t der Dampfer „Angonia“ (2200 t) und die Motorschiffe „Grosbian“, „Dartian“, „Jamelian“ und

„Mercur“ von je 1200 t. Die Schiffe haben gute Einrichtungen für eine beschränkte Anzahl von Passagieren. Die britische Handelsmarine (einschließlich der Kolonien) hatte nach der letzten Aufzählung eine Tonnage von 15,728 Mill. t. Davon waren 8,235 Mill. t Tankerschiffraum. 1939 hatten England und seine Kolonien eine Tonnage von 17,777 Mill. t und eine Tankerflotte von 3,944 Mill. t. Die Tonnage der britischen Dominions beträgt zurzeit 2,441 Mill. t, 1939 betrug die Tonnage der Dominions nur 1,321 Millionen t.

SCHWEDEN/NORWEGEN
Das schwedische Passagierschiff „Drottningholm“ (11 650 t, 1905 erbaut, der Svenska Amerika Linien A/B, Göteborg, und das norwegische Passagierschiff „Bergerstad“ (11 913 t, 1913 erbaut, der Norske Amerikalinsje A/S, Oslo, wurden von der neugegründeten Home Lines, Panama, erworben und verkehren jetzt unter der Flagge von Panama zwischen Genoa und Südamerika. Die Bergensfors hat bereits den Namen „Argentina“ erhalten, während die „Drottningholm“ auf den Namen „Brasil“ umgetauft wird.

BELGIEN
Auf der Werft von S. A. John Cockrell, Hoboken (Belgien) ist ein Passagierschiff „Prince Philippe“ (2320 t) für die Administration de la Marine, Brüssel, vom Stapel. Das Schiff erhält Sulzer Dieselmotoren mit einer Leistung von 15 000 PS. Die Geschwindigkeit soll 24,5 Knoten betragen. Die „Prince Philippe“ ist für den Kanal-Dienst Belgien-England bestimmt.

CHINA
Die chinesische Handelsflotte bestand nach der letzten Statistik aus 1179 Seeschiffen und 2138 Flußschiffen mit einer Gesamttonnage von etwa 950 000 t.